

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 Zl., vierteljährlich 11,66 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 3,89 Zl., 2,50 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung zc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 256

Bromberg, Freitag, den 9. November 1934

58. Jahrg.

Poincarés testamentarische Verteidigung.

Der „letzte Wille“ als geschichtlicher
Rechtfertigungsversuch.

Ein großer deutscher Geschichtsschreiber, dessen Lehre und Werke sich durch einen besondern Skeptizismus auszeichnen, hat gelegentlich einmal zu seinen Studenten gesagt, daß sie sich vor Schlachtenbildern, sogenannten letzten Worten und vor Testamenten hüten sollten, da sie alle miteinander keine lauter und reinen Geschichtsquellen darstellen. In der Tat hängt es hierbei von der subjektiven Auffassung des Malers, Sprechers und Schreibers auf der einen und der des Betrachters, Hörers und Lesers auf der anderen Seite ab, was jenseits unter „geschichtlicher Wahrheit“ zu verstehen sein soll. Vor allem müssen „Testamente“ mit größter Vorsicht behandelt werden, wenn sie mehr als nur lehtwillige Verfügungen enthalten. Im Laufe der letzten Jahrhunderte hat sich nämlich bei Fürsten und Staatsmännern die Gewohnheit herausgebildet, daß sie in ihrem letzten Willen gewissermaßen noch einmal ein Regierungsprogramm ex post aufstellen und zugleich die umstrittenen Perioden ihrer politischen Tätigkeit zu rechtfertigen versuchen.

In dieser Hinsicht sind also Testamente ebenso wenig beweiskräftig wie Memoiren. Emile Olivier hat zehn Bände seiner Erinnerungen darauf verwandt, um das weltbekannte Wort vom „leichten Herzen“, durch das er die Verantwortung für den Krieg 1870 übernahm, abzuschwächen oder gar auszuräumen. Es ist ihm nicht gelungen, und ebenso wenig wird es jetzt Poincaré gelingen, aus seinen beiden Testamenten von 1914 und 1918 den Nachweis zu erbringen, daß er weder ein Kriegsheld noch ein Hauptverantwortlicher für den Weltkrieg gewesen sei.

Aus den bisherigen Veröffentlichungen in der französischen Presse geht nicht hervor, ob es sich um unveränderte Wiedergaben der beiden Testaments-Ausfertigungen handelt, von denen die eine vor dem Kriege und die andere inmitten des Krieges abgefaßt worden ist. Es ist auch noch nicht bekannt, ob nicht auch noch eine dritte Niederschrift vorhanden ist, zumal Poincaré noch achtzehn Jahre nach der Abfassung der zweiten gelebt hat. Fast möchte man es vermuten; denn wenn schon Poincaré für die Vorgeschichte des Krieges zwei Varianten braucht, um wie viel mehr möchte eigentlich sein Verhalten in den Jahren 1918 bis 1923 eine neue Darlegung, die in seinem Sinn eine Klarlegung sein sollte rechtfertigen. Ganz abgesehen davon, daß auch die innerpolitischen Ereignisse seit der Frankfurter Stabilisierung eine eingehende Darstellung beanspruchen könnten.

Demgegenüber muß man vor allem vom geschichtlichen Standpunkt aus darauf verweisen, daß das, was in den beiden Testamentsvarianten jetzt veröffentlicht wird, viel breiter und noch ausführlicher in den Erinnerungen Poincarés enthalten ist, die bereits vor einigen Jahren erschienen sind. Zur geschichtlichen Beurteilung dieses Mannes, der mehr als 25 Jahre hindurch der äußeren und inneren Politik Frankreichs seinen Stempel aufgedrückt hat, sind natürlich die Memoiren wichtiger als die zeitlich um ein Jahrzehnt zurückliegenden Testamentsausfertigungen. Es ist daher auch eigentlich nicht recht einzusehen, warum diese geschichtlich überholten Dokumente nunmehr doch noch veröffentlicht werden. Wahrlich, liegt aber der Grund in der Tatsache, daß die deutsche Presse bei aller sachlichen Würdigung der Verdienste Poincarés um sein Vaterland doch ausnahmslos der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß nach richtiger Auffassung Poincaré der Hauptverantwortliche für den Ausbruch des Weltbrandes ist, wobei allerdings die Waagschalen gerecht verteilt wurden; denn auch die russischen und englischen Staatsmänner tragen mit an dieser Verantwortung. Wir wollen aber auch nicht vergessen, daß das Schlagwort „Poincaré — la guerre!“, d. h. „Poincaré bedeutet den Krieg“ nicht auf deutschem Boden entstanden ist, sondern in Frankreich. Daran haben sich auch viele Franzosen gelegentlich seines Todes wieder erinnert, und so ist es wohl zu verstehen, daß die beiden Testaments-Ausfertigungen jetzt veröffentlicht worden sind, um nicht nur den Deutschen, sondern vor allem auch den Franzosen selbst zu zeigen, daß Poincaré als Ministerpräsident und vor allem auch als Staatspräsident aus andere denn ein Kriegstreiber gewesen sei.

Was Poincaré jetzt noch zu der Zeit vor 1914 sagt, sind Einzelheiten, geschickt gruppiert und in entsprechende Beleuchtung verkehrt, die zunächst den Eindruck erwecken können, als ob er wirklich so war, wie er gern angesehen werden möchte. Leider erscheinen seine Angaben aber alles andere als glaubwürdig. So behauptet er z. B. daß er während des ganzen Aufenthalts in Rußland im Juli 1914 nicht gewesen sei, was sich vorbereite. Er und der Zar hätten nur an die friedliche Entwicklung ihrer Länder gedacht, während doch schon „der Anschlag gegen den Frieden Europas“ vorbereitet worden sei. Erst auf der Dnieper habe er durch eine drahtlose Depesche von der drohenden Kriegsgefahr erfahren, und erst nach der Landung bei Stockholm habe er die ganze Schwere des Augenblicks erkannt. Man braucht neben diese naive Darstellung nur die Tagebuchblätter des französischen Botschafters Paléologue in Petersburg zu stellen, um zu erkennen, daß sich Poincaré vollkommen der Rolle bewußt war, die er in jenen entscheidenden Tagen spielte. Wenn er schließlich in seinem Testament darauf verweist, daß er als geborener Politiker genau gewußt habe, wie stark im Kriegsfall seine Heimat gefährdet war, dann bedeutet ein solcher Ge-

Deutsche Verwahrung gegen Truppenentsendung

Berlin, 8. November. (DNB.)

Das am Dienstag von Savas veröffentlichte Communiqué über die Unterredung zwischen dem Deutschen Botschafter in Paris und dem französischen Außenminister (siehe „Deutsche Rundschau“ Nr. 255 vom 8. November) bringt

noch keine erschöpfende Klärung der Lage,

wie sie sich lehtin in der Saarfrage entwickelt hat. Es ist zwar erfreulich, daß Herr Laval, entgegen den bisher gerade von der französischen Presse gebrachten Nachrichten, militärische Vorbereitungen zum Zweck eines französischen Einmarsches in das Saargebiet dementiert. Andererseits hat er dabei aber den Standpunkt aufrechterhalten, daß Frankreich gegebenenfalls berechtigt und verpflichtet sei, durch Entsendung von Truppen für Ruhe und Ordnung im Saargebiet, sowie für die Freiheit der Abstimmung zu sorgen. Dieser Standpunkt ist für Deutschland selbstverständlich nicht annehmbar.

Der Deutsche Botschafter in Paris hat bei der Unterhaltung hierauf hingewiesen und um Fortsetzung der Aussprache gebeten, weil, wie ihm bereits bekannt war, Weisungen an ihn selbst, sowie an die deutschen Missionen in London, Rom und Brüssel unterwegs sind, die den ausführlich begründeten Auftrag der Reichsregierung enthalten, gegen die Verwendung französischer Truppen im Saargebiet Verwahrung einzulegen und gegenüber den auf verschiedenen Seiten hervorgetretenen Tendenzen noch einmal ganz allgemein die deutsche Auffassung über die Behandlung des Saarproblems zum Ausdruck zu bringen.

Hierzu gibt die „Schlesische Zeitung“ von ihrem Berliner Bureau folgende ergänzende Darstellung:

Die Saarverhandlungen, die am Dienstag in Paris sowie in Rom zwischen dem Saarbevollmächtigten Bürckel und dem Vorsitzenden des Saarausschusses, Baron Aloisi, stattgefunden haben, werden in Deutschland wie in der Weltpresse als Zeichen dafür betrachtet, daß zumindest die gespannte Lage keine Verschärfung erfahren hat. Den französischen Enthaltungen über Einmarschpläne ins Saargebiet ist jetzt die Erklärung des französischen Außenministers gefolgt, daß bisher keinerlei Truppenverschiebungen oder Aufmärsche vorgenommen worden seien. Diese Erklärung richtete sich allerdings mehr an die ausländische Öffentlichkeit, als an die deutsche, da in Deutschland niemals die Behauptung von Truppenverschiebungen aufgestellt worden war.

Der Kernpunkt des Problems liegt vielmehr darin, ob Frankreich überhaupt berechtigt ist,

nach den völkerrechtlichen Bestimmungen, auf ein Ersuchen des Saarpräsidenten Knoch hin, Truppen ins Saargebiet zu entsenden. Deutschland hat, wie an dieser Stelle wiederholt mitgeteilt wurde, einwandfrei erwiesen, daß weder Herr Knoch berechtigt ist, ein solches Ersuchen zu stellen, noch Frankreich ihm entsprechen dürfe. Im Gegensatz zur deutschen Auffassung hat jedoch Herr Laval, wie aus dem Dienstag-Communiqué hervorgeht, das französische Einmarschrecht grundsätzlich aufrecht erhalten und bekräftigt. Die Versicherung, daß bisher keine Truppenverschiebungen erfolgt seien, geht also am Kern der Dinge vorbei.

Nichtsdestoweniger wird in Berliner politischen Kreisen mit Genugtuung die französische Versicherung entgegengenommen, daß auch Frankreich wünsche, nicht in die Lage zu kommen, einmarschieren zu müssen. Die französische These zielt ja dahin, daß ein solcher Einmarsch

nur im Falle von Unruhen

erfolgen werde. Um dieses Thema haben sich nun die Verhandlungen gedreht. Es wird in Berlin mit Verwahrung verzeichnet, daß Baron Aloisi den deutschen Erklärungen sich nicht verschlossen hat. Auch der Dreierausschuß des Völkerbundes scheint zu erkennen, daß nicht die deutsche Bevölkerung an der Saar oder gar das Deutsche Reich ein Interesse an irgendwelchen Unruhen an der Saar habe, da hierdurch nur der sichere Abstimmungsfriede beeinträchtigt werden könnte; wohl aber bildet die Tätigkeit der Emigranten, sowie der Kommunisten eine ständige Kette gefährdender Provokationen. Der Saarbevollmächtigte Bürckel hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß im Interesse der Ruhe

dankengang die Betonung einer sentimental Seite seines Innern, die dieser Botschafter in all seiner typischen französischen Trockenheit kaum besessen hat. Daß schließlich Poincaré sich nicht davor scheut, gegen die Mitglieder der damaligen Englischen Regierung Vorwürfe wegen ihrer Verrätherlichkeit und Saumseligkeit zu erheben, kennzeichnet die tendenziöse Abficht der Testamente zur Genüge.

Unsere geschichtlich begründete Auffassung vom Wesen der Politik Poincarés steht heute so fest da, daß sie durch diese Testamente in keiner Weise berichtigt oder gar erschüttert werden kann. Wir wollen sie daher zu den übrigen Dokumenten legen, aus denen das objektive Geschichtsbild dieses Franzosen geformt wird, dessen Name in der französischen Geschichte über den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts steht.

und Ordnung und einer freien, unbeeinflussten Abstimmung der Tätigkeit dieser Elemente, die weder abstimmungsberechtigt sind, noch sich mit der Saarbevölkerung oder Deutschland oder Frankreich irgendwie verbunden fühlen, und von keiner dieser drei interessierten Gruppen für sich reklamiert werden, endlich das Handwerk gelegt werden muß. Eine Entscheidung ist in dieser Frage noch nicht gefallen. Immerhin aber ist es als Fortschritt zu verzeichnen, daß es überhaupt möglich gewesen ist, die Emigrantenfrage als Faktor der Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung an der Saar zur Sprache zu bringen.

Rnox in Rom.

Rom, 8. November. (DNB.) Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, Rnox, ist am Mittwochabend in Rom eingetroffen.

Das Ergebnis von Rom.

Rom, 8. November. (DNB.) Der ungarische Ministerpräsident Gömbös ist am Mittwoch vormittag von dem italienischen Regierungschef Mussolini zu einer zweiten Unterredung empfangen worden. Gegen Mittag hatte er eine Privataudienz beim Papst XI., an die sich ein Besuch beim Kardinalstaatssekretär Pacelli angeschlossen. Zum Frühstück weilte Gömbös in der ungarischen Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl.

Über die Besprechungen zwischen Mussolini und Ministerpräsident Gömbös in Rom wird

eine amtliche Mitteilung

veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

Ministerpräsident Gömbös und Mussolini hatten am 6. und 7. d. M. im Palazzo Venezia zwei lange Unterredungen. Im Verlaufe dieser Erörterungen prüften die beiden Regierungschefs auf der Grundlage und im Geiste des italienisch-ungarischen - ungarischen Protokolls vom letzten März Fragen der allgemeinen Politik und darüber hinaus auch Probleme, die besonders Italien und Ungarn angehen. Die beiden Regierungschefs konnten vollkommene Einmütigkeit feststellen. Die Richtlinien beider Regierungen sind unverändert geblieben, ebenso die Absicht, die Entwicklung der Zusammenarbeit mit Österreich weiter zu fördern.

In der Frage der wirtschaftlichen Beziehungen vertraten Mussolini und Gömbös einhellig die Ansicht, daß das Märzprotokoll zur Zufriedenheit funktioniert. Für die künftige reibungslose Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen sorgen zahlreiche Zusammenkünfte von Sachverständigen, von denen eine gerade in den letzten Tagen stattgefunden hat, zu dem Zweck, die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern noch enger zu gestalten.

Vertagung der Parlamentssession.

Warschau, 8. November. Am Mittwoch mittag erschien im Sejmgebäude der Leiter des Juristischen Bureaus des Ministerratspräsidenten und überreichte dem Sejmarschall eine Verordnung des Präsidenten der Republik, durch welche die gewöhnliche Session des Sejm vom 7. November ab auf 30 Tage vertagt wird. Auf demselben Wege wurde auch der Senatspräsident von der Vertagung der Senatssession benachrichtigt.

Polen zahlt keine Kriegsschulden.

D. G. Warschau, 8. November. Mitte Dezember ist eine weitere Rate der polnischen Kriegsschuld an die Vereinigten Staaten fällig. Da eine Regelung der Kriegsschuldenfrage bisher nicht erfolgt ist, dürfte Polen auch diesmal, d. h. zum vierten Mal, seine Rate in Höhe von etwa 25 Millionen Zloty nicht bezahlen. Bemerkenswert ist, daß in den neuen Staatshaushaltsplan Tilgungsraten dieser Kriegsschuld nicht aufgenommen sind, so daß angenommen werden muß, Polen habe nicht die Absicht, sie im kommenden Jahre abzuführen.

Wieder Komreise des Bundeskanzlers.

Wien, 8. November. (DNB.) Wie die amtliche „Politische Korrespondenz“ erfährt, werden sich Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und Bundesminister für Äußere Angelegenheiten Berger-Waldenegg gegen Mitte des Monats nach Rom begeben. Mit Rücksicht auf diese Reise des Bundeskanzlers und des Außenministers wird sich eine kurze Verschiebung der ersten Tagung der neuernannten Körperschaften ergeben. Der Zusammentritt der Staatsräte dürfte erst nach dem 20. November stattfinden.

Südslawischer Schritt in Wien?

Wien, 8. November. (DNB.) In Wiener politischen Kreisen war am Mittwoch das Gerücht verbreitet, daß der südslawische Gesandte im Auftrage seiner Regierung einen Schritt bei der Bundesregierung unternommen habe, um gegen die Tätigkeit kroatischer Emigranten in Österreich zu protestieren. Hierbei hätte der Gesandte be-

sonders auf die Verhaftung zweier kroatischer Emigranten in Kärnten hingewiesen und um beschleunigte Verurteilung der beiden ersucht. — Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung steht noch aus.

Der Deutsche Klub in Wien wieder freigegeben.

Wien, 8. November. (DNB) Die Räume des Deutschen Klubs in Wien, die vor zwei Monaten von der Polizei besetzt und versiegelt worden waren, wurden am Dienstag von den Behörden wieder freigegeben. Der Vorsitzende des Deutschen Klubs ist Feldmarschall-Lieutenant Barbois, der ehemalige Kabinettschef der Militärkanzlei des ermordeten Thronfolgers Franz Ferdinand. Feldmarschall-Lieutenant Barbois gehört auch dem Ausschuss der nationalen Kreise an, der augenblicklich in Fühlungnahme mit der Bundesregierung steht.

Halbmast am 9. November.

Der „Völkische Beobachter“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß:

Am 9. November 1934, dem Reichstrauertag der NSDAP, gedenkt die Bewegung ihrer Toten. Aus diesem Grunde sehen alle Dienststellen der Partei ihre Flaggen auf Halbmast. Die Parteigenossen und die Bevölkerung werden aufgefordert, die Beflaggung in gleicher Weise vorzunehmen.

Der Mann, der Hitler mit seinem Leibe deckte.

Der Münchener Stadtrat Ulrich Graf, der in den ersten Kampffahren als treuester Begleiter ständig an der Seite Hitlers weilte, der in dieser Eigenschaft Adolf Hitlers erster SA-Mann war, äußerte sich zu dem Münchener Berichterstatter der „DNB“ Dr. Alfred Detig über seine persönlichen Erlebnisse bis zu dem Marsch zur Feldherrnhalle vom 9. November 1923. Ulrich Graf, der aus dem Felde als Unteroffizier zurückkehrte und seine alte Stelle als Freibankmeister im Münchener Schlacht- und Viehhof wieder einnahm, lernte Adolf Hitler bereits im Frühjahr 1919 kennen. Schon in einer Zeit, in der noch gar keine feste Organisation der Bewegung bestand, war er der ständige Begleiter Hitlers. Bei der Gründung der Partei und der späteren Bildung der SA trat Graf sofort zu beiden Organisationen über und begleitete Hitler zu seinem persönlichen Schutz. Das Parteibuch Ulrich Grafs trägt die Nummer 8, das des Führers bekanntlich die Nummer 7.

In schlichter Weise und ohne sich selbst irgendwie in den Vordergrund zu rücken, erzählt Ulrich Graf aus der allerersten Kampffahrt des Nationalsozialismus. Dann kommt er auf den November 1923 zu sprechen, auf den ersten Versuch einer nationalen Erhebung: „Am 8. November abends 7 Uhr erhielt ich vom Führer die letzten Weisungen. Unvergeßlich bleibt mir jene Minute, als ich Adolf Hitler das Eisene Kreuz 1. Klasse an die Brust heftete, bevor wir uns zum Bürgerbräukeller begaben, um den festen Glauben an das Gelingen der Erhebung, nicht ahnend, daß wir beide bereits achtzehn Stunden später auf so tragische Weise getrennt würden. Klar, in militärisch knapper Form sah Adolf Hitler ritzig aus, wie das Vorgehen gedacht und was meine besondere Aufgabe sei. Entgegen sonstiger Gewohnheit hatte ich beim Eintreffen vor dem Bürgerbräukeller um 8.10 Uhr im Wagen sitzen zu bleiben bis zum Eintreffen des Stütztrupps um 8.30 Uhr. An dessen Spitze mußte ich dann pünktlich um 8.30 Uhr im Vorraum des Saales des Bürgerbräus erscheinen.“ Ulrich Graf schildert weiter im einzelnen, wie er den Befehl trotz aller Schwierigkeiten genau durchführte, wie er mit Adolf Hitler als erster den Saal betrat, in welchem dieser sodann die nationale Revolution ausrief.

Grafs alleinige Aufgabe bestand darin, um die persönliche Sicherheit Adolf Hitlers besorgt zu sein. Die Vorgänge im Bürgerbräukeller können als bekannt vorausgesetzt werden. Gegen 11 Uhr nachts fuhr Ulrich Graf mit Adolf Hitler in das Wehrkreis-Kommando, dann fuhr die beiden mit Dr. Weber vom Bund „Oberland“ zur Pionierkaserne hinaus und von dort wieder zum Wehrkreis-Kommando zurück, woselbst sie bis 5 Uhr morgens blieben. Um diese Zeit war es bereits klar, daß Adolf Hitler und seine Getreuen verraten waren. Wörtlich fuhr Ulrich Graf fort: „Nun kehrte ich mit Adolf Hitler zum Bürgerbräu zurück. Während der Fahrt sagte mir der Führer, daß es sehr ernst für uns stehe. Hitler verblieb nun im Bürgerbräu bis zum Aufstellen des bekannten Demonstrationstages. Kurz nach 12 Uhr verließ Hitler mit Exzellenz Ludendorff das Bürgerbräu, um sich an die Spitze des Zuges zu stellen. Unvergeßlich bleibt mir der Augenblick, als mir Hitler beim Verlassen des Zimmers wortlos die Hand schüttelte und tief in die Augen sah. Beide wußten wir, was wir uns noch sagen wollten: „Zum letzten Gang bereit!“ Während des Marsches war ich dicht neben Adolf Hitler.“

Mit bewegten Worten schildert Ulrich Graf den Marsch über die Isarbrücke durch die Stadt bis zur Feldherrnhalle. Überall sang die Menschenmenge das Deutschlandlied. Der zweite Schritt vor Adolf Hitler und Ulrich Graf marschierende Fahnenträger Bauriedl starb, als die Landespolizei das Feuer eröffnete, als erster mit der Wurfmaschine in der Hand, während Garreis mit der Fahne des Bundes Oberland schwer verwundet wurde, während Hitler und Ludendorff noch einige Schritte vorwärts gingen. „In dieser Sekunde war es mir klar, daß jetzt Ungeheures eintreten mußte. Ich sprang ganz instinktiv vor Hitler, und deutete mit der rechten Hand auf Ludendorff, der rechts neben Hitler stand, und rief mit gellender Stimme der Polizeibeamten zu: „Ludendorff! Wollt ihr auf eueren General schießen? Hitler und Ludendorff!“ Raum hatte ich dies gerufen, prasselte uns wahnsinniges Schnellfeuer entgegen und schwer verwundet sank ich vor Adolf Hitler auf das Pflaster. Ulrich Graf riß beim Sturz Adolf Hitler, der ihn am Arm halten wollte, mit zu Boden, wobei sich dieser am Schlüsselbein schwer verletzte und kurze Zeit zwischen Toten und Verwundeten am Boden lag, ehe er sich wieder erheben konnte. Ulrich Graf aber hatte einen Doppelbrustschuß, Schüsse durch beide Oberschenkel und zwei Schüsse durch den rechten Arm erhalten. Außerdem wurde er von zahlreichen Splintern getroffen, von denen sechs bis heute aus seinem Körper noch nicht entfernt werden konnten.

Auf diese Weise hat der erste SA-Mann des Führers mit seinem Leibe dessen Leben geschützt und gleichsam seinen Körper als Kugelfang für Hitler dargeboten. Drei Monate lang lag Ulrich Graf in der Klinik; er sah Adolf Hitler erst im Gerichtssaal wieder bei dem großen Prozeß vor dem Volksgericht. Als Adolf Hitler aus der Festung Landsberg zurückkehrte, war Ulrich Graf sofort wieder sein ständiger Begleiter und wollte es in alter Opferbereitschaft und bedingungsloser Gefolgschaft für immer bleiben. Doch schon nach kaum vier Wochen mußten beide feststellen, daß Grafs durch die zahlreichen, schweren Verwundungen geschwächter Gesundheitszustand einen solchen verantwortungsvollen Dienst unmöglich machte.

Vor 11 Jahren

schrieb die „Deutsche Rundschau in Polen“ abschließend über den 9. November: „Es ist durchaus falsch, wollte man die neue Revolution in Deutschland als einen Kampf zwischen Monarchie und Republik ansehen. Diese Streitfrage hat eine durchaus sekundäre Bedeutung. Wir erleben heute das Ringen der nationalen Weltbewegung mit den unerfüllten Träumen einer internationalen Verständigung und Erfüllungspolitik.“ (Nr. 258 Jahrg. 1923.)

Und wenige Tage vor den Kämpfen an der Feldherrnhalle schrieben wir am Schluß unseres Reformationsartikels an leitender Stelle: „Wir stehen an der Wende der großen Weltrevolution, die mit dem Bankrott des Parlamentarismus zusammenfällt. Die Parteien bringen ihre letzten Garnituren in Front. Wir wissen, daß sie alle versagen müssen, weil sich die chaotische Verwirrung der europäischen Wirtschaft durch kein mechanisches Programm mehr lösen läßt. Nachdem wir auf dem politischen Theater so viel ehrenwerte und verlorne Männer vor unseren Augen haben vorbeiziehen lassen, verlangen wir endlich nach einem Mann, der keine egoistischen Ziele kennt und seinen Aufstiegsrathposten ehrenamtlich verwaltet, weil seine Persönlichkeit zu diesem Amt gezwungen wird.“

Vorbildlicher Kampf

Deutschlands gegen die Arbeitslosigkeit.

Unter der Überschrift „Sollte Deutschland allein das Mittel gegen die Arbeitslosigkeit gefunden haben?“ hat Lloyd George in der griechischen Presse einen Aufsatz veröffentlicht, der weithin im Auslande größtes Aufsehen erregt hat. Auch in Deutschland ist er bereits erwähnt worden, doch verdient nachgeholt zu werden, was jetzt das „Bursarester Tageblatt“ noch daraus zitiert. Das Blatt führt Lloyd Georges Frage an, was aus den Millionen deutschen Arbeitslosen geworden sei und fährt fort: „Die Deutschen sind ein praktisches Volk. Vor nicht langer Zeit haben sie ihre inneren Quellen organisiert, um vier Jahre lang der ganzen Welt die Stirne zu bieten. Die Deutschen besitzen nicht die ungeheuren Hilfsquellen der Vereinigten Staaten, noch die eines so großen Reiches wie England. Und doch scheint es, daß sie das Problem der Arbeitslosigkeit entscheidender und radikaler angepackt haben als alle anderen Nationen.“

Einer meiner Freunde, der mit offenen Ohren und Augen Deutschland besucht hat, hat mir einen längeren Bericht über die Bemühungen der Deutschen Regierung gegeben. Es ist tatsächlich Tausenden von Arbeitslosen Arbeit gegeben worden. Die Zahl der Landarbeiter ist vergrößert worden, da von der landwirtschaftlichen Produktion das Schicksal Deutschlands abhängt. Parallel damit sind große Straßenarbeiten und Bauarbeiten verwirklicht worden, während die Erneuerung der industriellen Arbeitsmittel betrieben wird. Alles dies ist jedoch sekundär gegenüber der verjagten großen Agrarpolitik. Millionen Hektare unbesetzten Landes werden urbar gemacht, bewässert, Stämme werden trockengelegt, neue landwirtschaftliche Viertel werden errichtet. Städtische Arbeiter werden der Landwirtschaft angeführt und erhalten Ländereien. Hunderttausende von Menschen werden mobilisiert, um den Boden zu bearbeiten. Man würde einen Irrtum begehen, wollte man annehmen, daß diese Bemühungen eines disziplinierten Volkes, wie es das deutsche Volk ist, lediglich zu einer Unordnung führen könnten.“

Bersärfung der Lage in Paris.

Domergue lehnt Zugeständnisse ab.

Paris, 8. November. (DNB) Die Radikalsozialistische Kammerfraktion beschloß in einer Sitzung am Mittwoch abend, ihre am Dienstag gefasste Entschliebung unverändert anstrengt zu erhalten.

Der Abgeordnete Yvon Delbos hat dem Ministerpräsidenten die Entschliebung am Mittwoch abend amtlich zur Kenntnis gebracht und ihm den Wunsch der Radikalsozialisten übermittelt, er möge Zugeständnisse machen. Wenn der Haushaltsplan bis zum 1. Januar nicht verabschiedet sein sollte, würden die Radikalsozialisten die Verpflichtung übernehmen, dann für die Haushaltszwölftel zu stimmen. Domergue hat diesen Vorschlag rundweg abgelehnt und erklärt, er müsse auf seinen Forderungen bestehen. Der oben gemeldete Beschluß der Radikalsozialisten wurde darauf gefaßt, obwohl der Innenminister und radikalsozialistische Abgeordnete Marchandau in der Fraktionsitzung seine Kollegen dringend gebeten hatte, keine Regierungskrise heraufzubeschwören.

Unter diesen Umständen dürfte der Ausbruch der Regierungskrise im Ministerrat am Donnerstag vormittag erfolgen, wenn die radikalsozialistischen Minister die Aufforderung des Ministerpräsidenten, für den Antrag auf Bewilligung von drei Haushaltszwölfteln zu stimmen, mit ihrem Rücktritt beantworten. Ministerpräsident Domergue selbst erklärte am Mittwoch abend Pressevertretern: Jetzt ist die Lage wenigstens klar. Die Verantwortung steht fest. Ich befinde mich jetzt in einer leichteren Stellung. Ich weiß, was ich tun will, und ich werde es tun. Ich werde morgen um 10 Uhr ebenso ruhig wie ich es jetzt bin, zum Ministerrat gehen. Wenn mich natürlich die Minister im Stich lassen, werde ich mich dem Parlament am Donnerstag nachmittag nicht vorstellen.

Auf die Frage, ob der Ministerpräsident von allen ihm verfügbarmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch machen wolle, antwortete Domergue: Um die Auflösung zu beantragen, ist ein Kabinett notwendig. Ich will keine Minderheitsregierung bilden; denn dann würde man mich

Die deutsche Minderheit in Polen erachtet es gleich, dieser Reformator von rechts oder links kommt; er wird, wie alle Reformatoren, seine Heimat in der Tiefe haben und darum ist er uns sehr verwandt. Er wird die These unserer Kampfes: die nationale und kulturelle Freiheit der völkischen und religiösen Minderheiten an die Paläste der Gewaltigen schlagen und die Gerechtigkeit auf ihren in der ganzen Welt entehrten Thron wieder einsetzen. Wir Menschen haben lange genug die Burg der Bastille gestürmt, und verirrten Ideologien zum Siege verholfen; jetzt pochen wir an die Tore der festen Burg Gott, damit die Völker der Erde zu ihrer wahren Freiheit kommen.“ (Nr. 249, Jahrg. 1923.)

Wir haben heute in der Nachschau dieser Vorschau auf den 9. November und auf sein Vermächtnis, wir haben dieser klaren Abfrage an den volkszerstörenden Liberalismus — heute nach 11 Jahren — nichts hinzuzusetzen.

Deutsche Vereinigung.

Gründung der Ortsgruppe Lobben.

Am Sonntag, dem 4. d. M., wurde für Lobben (Kreis Wirßig) und nähere Umgegend eine neue Ortsgruppe der Deutschen Vereinigung gegründet. Mehrere hundert Volksgenossen, darunter vor allem viele Jugendliche, hatten sich eingefunden, um die Ausführungen des Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung Erik von Wille über Zweck und Ziele der Deutschen Vereinigung anzuhören. Es herrschte vollkommen einmütige Stimmung über den Eintritt in die von der Polnischen Regierung genehmigte Organisationsform unserer deutschen Volksgemeinschaft. Auch diese Versammlung bewies, daß die bodenkündige deutsche Bevölkerung in Stadt und Land die Einigkeit im Zeichen der Deutschen Vereinigung sucht. In den vorläufigen Vorstand der Ortsgruppe wurden gewählt: Kaufmann Bruno Schick, Moltermeister Ewald Schafranek und Tischlermeister Waldemar Karan.

der Diktatur beschuldigen. Auf die weitere Frage, ob er nicht eine neue Rundfunkansprache halten wolle, antwortete Ministerpräsident Doumergue: „Man darf damit nicht Mißbrauch treiben. Ich werde meine Gründe in meinem Rücktrittsschreiben bekanntgeben.“

Kleine Rundschau.

Machado schwer vergiftet.

London, 8. November. (Eigene Meldung.) Wie Reuters aus New York meldet, ist der frühere Präsident von Kuba, Machado, in einem Dorf in der Nähe von Santo Domingo infolge einer Vergiftung auf dem Tod erkrankt. Nach einer ergänzenden Meldung des Berichterstatters des „Daily Telegraph“ aus New York sollen die Speifen Machados auf Anordnung einer kubanischen Geheimgesellschaft durch einen kubanischen Koch vergiftet worden sein.

Geheimnisvoller Tod des Weltmeisters Sztekl.

Wie aus Warschau berichtet wird, verstarb am Dienstag früh der ehemalige Weltmeister der Schwergewichtsringer Teodor Sztekl. Der Tod ist nach einer geheimnisvollen Krankheit, die noch nicht aufgeklärt werden konnte, eingetreten. Der ehemalige Weltmeister erkrankte vor einigen Tagen auf seinem Gut Gamlow. Ein herbeigerufener Arzt ordnete die Überführung in ein Warschauer Krankenhaus an. Es war jedoch nicht möglich, die eigentliche Krankheitsursache festzustellen. Eine Woche lang lag Sztekl brennend heiß bei hohem Fieber, bis am Dienstag der Tod eintrat. Die Staatsanwaltschaft hat die Leiche mit Beschlag belegen lassen, um eine Sektion durchzuführen.

Die Deutschlandreise der „Warta“-Boyer.

Die Boyermannschaft der Posenener „Warta“ ist auf einer Deutschlandreise und hat bisher nacheinander eine Reihe von Niederlagen erleiden müssen, so in Berlin 11:5, in Hannover 11:5, und ist jetzt auch in Rennerhaven 9:7 durch eine niederländische Mannschaft geschlagen worden. Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Berlin meldet, sollen die Kämpfe auf sehr hohem Niveau gestanden haben. Auch soll die polnische Mannschaft die technisch bessere gewesen sein.

Banditenüberfall auf einen Personenzug.

Auf den Personenzug eines Personenzuges, der zwischen Posen und Warschau verkehrt, wurde während der Fahrt, kurz vor der Hauptstadt, ein verwegener Banditenüberfall durchgeführt. Drei maskierte Banditen drangen während der Fahrt in den Postwagen ein und stürzten sich, mit Revolvern bewaffnet, auf die Beamten. Sie raubten eine eiserne Geldkassette, in der sich 38 000 Zloty befanden. Die Kassette wurde aus dem Zuge geworfen, worauf die Banditen die Notbremse zogen und als der Zug die Fahrt verlangsamte, abprangen. Sie konnten in der Dunkelheit entkommen. Als die benachrichtigte Polizei am Mittwoch früh Streifen in der Umgebung vornahm, fand sie nur noch die erbrochene Kassette. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Post- und Frachtflugzeug Königsberg — Berlin verunglückt.

Das Flugzeug „D-Avan“ der Post- und Frachtlinie Königsberg-Berlin ist verunglückt. Nach dem Überflug von Danzig mußte das Flugzeug in der Nähe der Ortschaft Groß-Rakitt, etwa 20 Kilometer südwestlich Posenburg, vorbisher nicht geklärt Ursache eine Außenlandung unternehmen. Hierbei kam die fünfköpfige Besatzung unter Führung des Flugkapitäns Erb ums Leben. Eine Untersuchungskommission hat sich sofort zum Unfallort begeben.

Wasserstands Nachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 8. November 1934.

Krakau + 2,42 (- 2,30), Zawichost + 1,52 (+ 1,56), Warschau + 1,65 (+ 1,65), Błoc + 1,10 (+ 0,89), Thorn + 0,94 (+ 0,89), Gdansk + 0,95 (+ 0,95), Culm + 0,76 (+ 0,77), Graudenz + 0,95 (+ 0,94), Kurzebrat + 1,12 (+ 1,12), Bietel + 0,94 (+ 0,95), Brichau + 0,32 (+ 0,34), Einlage + 2,44 (+ 2,48), Schiewenbrunn + 2,63 (+ 2,66). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Der Deutsche.

Von Will Vesper.

Wanderer bist du von Ewigkeit her,
auswandernd nach allen Seiten,
barfuß oder in Schuhen, nackt oder im Panzer,
immer gefällt es dir auszuschreiten in die Welt.

Ueber das Meer wanderst du in den Schiffen
unter dunklen Segeln, im Sommerseewind,
blauäugig von Meertluft, anstauend die Fremde,
suchend das heilige Land oder Thule, das Märchen.
Selber die Lüfte wolltest du frühe beschreiten,
träumend von Flügeln mit Schwanenfedern.

Und zwang die Not dich und bleibst du am Herde,
so flog der Geist doch umirrend ins Fernste,
an allen Küsten, den fremdsten landend,
das andere Kleid und die andere Sprache
knabenhaft ühend. O all zu leichter,
all zu flüchtender Geist! Leicht beschuhter
Wanderer, auf dieser wandernden Erde!

Zu Hause aber in deinem Eigen,
an deinem Herde, beim Abendfeuer,
sitzt unterdessen prahlend ein Fremder
vor deinem Krüge
und schlägt mit der Faust dumdreist auf den Tisch.

Dunkel rauscht draußen dein Wald.

Aus: Will Vesper „Kranz des Lebens“. Gesamt-
ausgabe meiner Gedichte, Albert Langen, Georg
Müller, München, 6,90 B.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 8. November.

Wenig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet seitwiese Aufheiterung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Größere Geldbeträge gehören auf die Bank!

Einen schweren Verlust infolge Einbruchdiebstahls hat der hier Seminarstraße (Seminaryjna) 12 wohnhafte Arbeiter Bronisław Jabloński erlitten. Als J. und seine Frau, die beide außerhalb des Hauses beschäftigt sind, am Dienstag nach Hause zurückkehrten, mußten sie zu ihrem Schrecken die Entdeckung machen, daß unbekanntem Einbrecher sich ihre Abwesenheit zunutze gemacht und das Schloß der Wohnungstür mit einem Dietrich geöffnet hatten. Sie waren dann in die Wohnung gelangt, in der sie Spinde und Schubfächer einer gründlichen Durchsicht unterzogen. Unter Wäsche verstreut erbeuteten die Diebe einen Betrag von 3100 Zloty. Außerdem stahlen sie zwei Trauringe, eine silberne Herrenuhr und eine goldene Krawattennadel. Das Geld hatte der Bestohlene vor einiger Zeit aus einer Erbschaft erhalten. Dies müssen die Einbrecher in Erfahrung gebracht haben. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur, obwohl die Polizei sofort eine energische Untersuchung eingeleitet hatte.

Schiedspruch für das Banarbeiter-Gewerbe. Im Zusammenhang mit dem Lohnstreit im Banarbeitergewerbe fand gestern Abend unter Vorsitz von Jng. Janicki eine Sitzung des Schiedsgerichts für Handel und Gewerbe beim Magistrat statt. Der Vertreter der Arbeitgeber versuchte, die Zuständigkeit des Schiedsgerichts anzuzweifeln. Nach einer durch den Vorsitzenden eingelegten Pause erklärten die Arbeitgeber, daß sie die Sitzung verlassen müßten. Nachdem diese Erklärung schriftlich niedergelegt worden war, trat das Schiedsgericht in die Beratungen ein, nachdem festgestellt worden war, daß es zur Erledigung der Angelegenheit kompetent sei. Nach Schilderung der Lage von Seiten der Arbeitnehmer kam das Schiedsgericht zu folgendem Spruch: Vom 9. November d. J. verpflichten folgende Sätze: Für Maurer 70 Groschen, für Banarbeiter 50 Groschen, für Träger unter 20 Jahren 40 Groschen. Nach Verlesung dieses Schiedspruches erklärten die Vertreter der Arbeitnehmer, daß sie sich mit dem Schiedsgericht einverstanden erklären. In dieser Angelegenheit werden die Arbeitnehmer eine Versammlung am Sonntag vormittag im Gewerkschaftshaus in der Talstraße abhalten.

Vom Pferde geschlagen wurde der 33jährige, Dorfstraße (Poniatowskiego) 4 wohnhafte Bronisław Karpiński, der als Kutscher in einer Molkerei beschäftigt ist, erhielt während des Ausspannens von dem Pferde einen Fußschlag gegen den Kopf, so daß er benimmungslos zusammenbrach. Der Verletzte wurde mit einer gefährlichen Kopfwunde nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht.

Infolge Leichtsinns das ganze Anwesen eingekerkert. Die 28jährige Tochter des Landwirts Wawrzyn Kujawa, Gaeława, wohnhaft in Plotowo, hatte im Juni d. J. in der Nähe des Badojens leichtsinnigerweise ein Bünd Stroh hingestellt, das in Brand geriet. In kurzer Zeit standen das Wohnhaus nebst Stallungen in hellen Flammen. Der durch das Feuer verursachte Schaden belief sich auf etwa 14000 Zloty. Gaeława K., die sich jetzt wegen dieses Schadenfeuers vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten hatte, wurde vom Gericht zu sechs Monaten Arrest mit dreijährigem Strafausschub verurteilt.

Ein Unfall erlitt der 28jährige Mechaniker Franciszek Lewandowski, Danziger Straße 76. Infolge einer Explosion des Benzinbehälters am Motorrad verbrannte sich L. beide Hände, so daß er nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte.

Bestohlen wurden dem Podolka 20 wohnhaften Franciszek Macakowski drei Marmorplatten im Werte von 45 Zloty.

Gordon, die welke Stadt.

Bromberg, 8. November.

Sie werden lachen, lieber Leser! Aber ob Sie es nun glauben oder nicht: Drei Kilometer hinter Bromberg beginnt die Stadt Gordon. Trotzdem braucht der Autobus von der Stadt an der Brähe bis zum Städtchen an der Weichsel 40 Minuten. Das heißt aber nicht, daß die Autobusse auf der Strecke Bromberg—Gordon mit dem Schneckentempo von 13 Minuten pro Kilometer verkehren. Das besagt nur, daß Bromberg in einem Anstöße von Größenwahn seine Grenzen etwas weit gesteckt hat. Denn wenn man an der Ostgrenze von Bromberg steht, kann man einen Wegweiser lesen: „Do Gordonu 3 km.“ Wie lange wird es dauern, dann hat Bromberg die „Vorstadt“ Gordon verschluckt... Hoffentlich kann es sich dann eines gesunden Magens erfreuen, sonst gibt's Beschwerden.

Es wird wohl noch eine ganze Weile dauern, zurzeit hat Bromberg genug mit den anderen Vororten zu tun. Und Gordon kann sich seines Magistrats erfreuen, der bei seinen Bürgern in gutem Rufe steht, auch wenn die erste amtliche Bekanntmachung, die wir an einem Baun lasen, von nichts anderem als von Steuern sprach, oder wenn auch der hohe Magistrat verbietet, daß Fahrräder nicht in sein Amtsgebäude gebracht werden dürfen.

Gordon ist eine kleine, geruchsame Stadt. Wer ahnt, wenn er über das holprige Pflaster und zwischen den kleinen Häusern mit dem Autobus einrollt, daß der erste Bürgermeister von Gordon vor über 500 Jahren sein Amt antrat? Denn Gordon wurde 1424 gegründet. Wer ahnt, daß auf dem Gelände der Firma „Lasko“ schon ein vorgeschichtlicher Burgwall sich erhob und dann der Herzog Wladyslaw von Opatów die Burg Wyżogrod anlegte, die 1329 von den Kreuzrittern zerstört wurde? Und die aufstrebende Stadt Gordon wurde 1656 von den Schweden unter dem General Horn heimgesucht und geplündert. Aber als Gordon Grenzstation und Zollamt war, erlebte es eine nie wiederkehrende Blütezeit. Die weißen Gebäude der heutigen Frauenstrafanstalt waren die Zollhäuser. Davor lagen oft bis 30 Röhne mit Getreide, das aus Rußland kam und von Bromberg in den großen Röhnen heruntergebracht wurde. 1812 zogen bei Gordon die Franzosen über die Weichsel nach Rußland. 1826 wurde Gordon von einem großen Brande heimgesucht. 1788 hatte die Stadt 1328 Einwohner, 1804 waren es 1572, 1911 sogar 2850, 1921 aber 2140 Bewohner. Heute dürfte diese Ziffer etwas höher sein.

Wenn Sie nun annehmen, daß Gordon eine aufblühende Stadt ist, so irren Sie, verehrter Leser. Die Holzindustrie, die einstmal so vielen Menschen Arbeit gab, liegt still. Wir sind über riesige Holzplätze gewandert: Die großen Schuppen waren leer, über die Gleise der Vorenbahn wucherte Gras und zwischen den Schienen wuchsen Pilze... Diese Holzplätze sind wie Zeitzeichen, aber nicht aus Nauen, sondern aus dem Krisenland.

Wir sind durch die Straßen gewandert, sahen die Geschäfte, die große Frauenstrafanstalt, sahen dicht an der Weichsel die alten kleinen Häuser, die wohl 150 und mehr Jahre alt sein mögen. Wir sahen die beiden Kirchen, besuchten die Friedhöfe. Auf einem Hügel hinter der Stadt

saßen wir einen kleinen Kiefernwald von einer grauen Mauer umgeben. Das Bild hatte etwas geheimnisvolles an sich. Wir wanderten auf den Hügel zu und fanden den jüdischen Friedhof mit den vielen alten Grabsteinen unter den dunklen Kiefern. Die jüdische Gemeinde war einmal sehr groß in Gordon. Da sich Juden in Bromberg nicht niederlassen durften, zogen sie nach Gordon. Nach der Übernahme des Gebietes durch Preußen heißt es in einem amtlichen Bericht über Gordon: „ein armseliges Städtchen voller Juden“. Friedrich der Große ließ viele von ihnen ausweisen. Der Krieg und die politische Umwälzung 1920 hat auch in mancher Beziehung einen Wandel gebracht. Noch liegt man einige jüdische Namen auf etlichen Namensschildern, aber die jüdische Gemeinde weist nur einige wenige Familien auf. Die große Synagoge ist meist leer; aber wenn eine Hochzeit stattfindet, dann soll sie dicht gedrängt voll sein. Dann gibt sich ganz Gordon und Umgebung ein Stelldichein in der Synagoge!

Sonst ist von Gedränge in diesem Städtchen nicht viel zu sehen; in den Straßen nicht, in den Geschäften nicht. Sehr schlecht geht es den vielen Tischlern, die gar keine oder sehr wenige Aufträge erhalten.

Also auch nichts Neues in Gordon? Doch: der Schiffsverkehr hat sich im letzten Jahr sehr belebt im Vergleich zum Vorjahr. Er ist viel reger geworden. Und noch etwas Neues: Gordon ist Segelfliegerlager geworden. Auf den Höhen des Gutes Miedzyn wird eifrig geübt. Es gibt da wohl 10 Segelflugzeuge, meist der Militärflieger Vorbereitung der Eisenbahner oder Jugendorganisationen in Bromberg gehörig. Wie lange wird es dauern und man wird von Gordon sprechen wie von der Wasserkuppe, von dem Fliegerlager in der Rhön. Wann meldet Gordon den ersten Rekordflug?

Die Sonne ist im Untergehen nach einem milden Novembertage, als wir auf der 1350 Meter langen Brücke stehen. Dieser Brücke verdankt es Gordon, daß sein Name fast in jedem Geographiebuch auftaucht; denn die Brücke ist eine der längsten Europas. Die Sonne verfließt die vertikalsten Blätter jener Bäume, die das Bild der Stadt begrenzen, mit einem mattgoldenen Schimmer. Unser Blick streift nochmals über die Dörfer und die Dächer von Gordon, über die Wiesen, den Strom, und gleitet hinüber nach den Wäldern von Strömekko. In Gedanken versucht man einen Schlußstrich zu ziehen, eine Bilanz des Gesehenen, des Gehörten zu machen, einen Extrakt des Erlebten zu gewinnen, ein Charakteristikum für das Gordon von heute zu finden. Was ist mit Gordon an der Weichsel?

Es ist eine welke Stadt. Es mag sich gut dort leben, aber es fehlt der frische belebende Puls. Es ist eine welke Stadt, d. h. nicht, daß Gordon häßlich ist. Auch eine welke Blume weist noch die Formen und in sanften Tönen die Farben der frischen Blüte auf. Auch die modernen Hüte der Damen mit den niedrigen Köpfen und den breiten, schlaff herunterfallenden Krempen, die wie welke Blumen wirken, sind nicht uninteressant und manchmal sogar schön zu nennen — wenn sie nämlich ein häßliches Gesicht nur halb sehen lassen. M. H.

Superintendent Büttner-Rogasen 75 Jahre alt.

Am 9. November feiert Pastor Reinhold Büttner, Superintendent der evangelisch-lutherischen Kirche in Westpolen, seinen 75. Geburtstag in dankenswerter Rüstigkeit und geistiger Frische. Der Jubilar stammt aus dem Kreise Glogau. Am Königl. Evangelischen Gymnasium in Glogau bestand er die Abiturientenprüfung, studierte dann in Leipzig, Erlangen und Breslau, wo er neben den Vorlesungen an der Universität das damals neugegründete theologische Seminar der evangelisch-lutherischen Kirche besuchte. Nachdem er im Herbst 1886/87 das Amt eines Hilfspredigers an der St. Katharinenkirche in Breslau verwaltet hatte, wurde er in diesem ehrwürdigen Gotteshaus durch Kirchenrat D. Rogoll zum heiligen Predigtamt ordiniert. Nun ging der Weg von Ost nach West. Das Dorf Fürth, Kreis Ottweiler (Saargebiet), im Ostertal lieblich gelegen, wurde von 1887—1909 die Stätte seiner seelsorgerischen, gesegneten Arbeit. Dann führte der Weg von West nach Ost, fast durchs ganze deutsche Land, nach Rogasen. Vor 25 Jahren wurde Pastor Büttner hier von Superintendent Schnieper-Posen in das Pfarramt der Pfarodie Rogasen eingeführt, dessen er noch heute walzt. Im Herbst 1920 wurde er durch das Oberkirchenkollegium der evangelisch-lutherischen Kirche in Altpreußen zum Superintendenten der lutherischen Gemeinden in Posen und Pommern ernannt. Das Land mit der Mutterkirche mußte gelöst werden, und seitdem bilden die deutschsprachigen Gemeinden in Posen und Pommern unter Leitung von Superintendent Büttner die evangelisch-lutherische Kirche in Westpolen. Neben seiner pfarramtlichen Tätigkeit fand er noch Zeit und Freude, für die deutsche höhere Privatschule in Rogasen seine Kraft einzusetzen; er war Mitbegründer derselben, langjähriger Vorsitzender des Schulvorstandes und Religionslehrer an der Schule.

Bewegten Herzens blickt der verehrte Jubilar auf 48 Jahre reich gesegneter Arbeit zurück, als auf eine Zeit, in der er täglich Gottes tragende, stützende und segnende Vaterhuld spüren und erfahren durfte.

k Czarnikau (Czarnków), 7. November. Nach Überwindung großer Schwierigkeiten war es auch uns möglich, den bekannten Vortragskünstler Emil Kühne hier zu hören. Wohl noch niemals waren die Räume des Bahnhofshotels so überfüllt, wie am Dienstag. Vom ersten Augenblick an ging das Publikum mit dem Künstler mit, der es immer wieder zu neuem Beifall zwang. Zum Schluß wurde dem Künstler noch besonders gedankt und der Wunsch ausgesprochen, daß dies nicht der letzte Emil Kühne-Abend in Czarnikau gewesen sein möge. Besonders angenehm wurde allgemein empfunden, daß auch die Behörden durch Starost und Bürgermeister vertreten, und auch eine Anzahl polnischer Mitbürger an dem Abend teilgenommen haben.

z Inowrocław, 7. November. Trotz des wundervollen Herbsttages war der heutige Pferdemarkt sehr mäßig besetzt. Auch Kauflustige hatten sich nur wenig eingefunden. Von dem wenigen aufgetriebenen Pferdemarkt wurden Schlachtpferde für 60—80 Zloty und mittlere Arbeitspferde für 150—200 Zloty gehandelt. Für Luxuspferde wurden 500—600 Zloty gefordert. Hornvieh war gar nicht vorhanden.

Gestohlen wurden der hiesigen Einwohnerin Gertrud Jedzejewska von einem unbekannten Dieb 9 Zloty, dem Einwohner Alexander Sobczak aus Montwy ein

Mantel im Werte von 100 Zloty sowie die Brieftasche mit verschiedenen Dokumenten und Militärpaß, ferner dem hiesigen Ziegeleibesitzer A. Nadecki systematisch Bretter von seiner Ziegelei.

z Posen, 7. November. Gestern Abend wurde der Ziegelstraße 84 wohnhafte Schlossergeselle Stefan Napierala in der St. Martinstraße von drei unbekannten Männern überfallen, verprügelt und zu Boden geworfen. In diesem Augenblick sauste eine Kraftwagentage heran und überfuhr ihn, so daß er schwere Verletzungen davontrug. Der Chauffeur fuhr, ohne sich um sein Opfer zu kümmern, unerkannt davon. Napierala wurde von der Ärztlichen Bereitschaft ins Stadtkrankenhaus geschafft.

Beim Überschreiten des Fahrdamms auf der Wallischei wurde der dreijährige Bigniem Nikiel, dessen Eltern Wallischei 64 wohnen, von einem Autobus der Straßenbahn angefahren und erheblich verletzt. Er wurde in das St. Josefs-Krankenhaus geschafft, wo bei ihm eine schwere Gehirnerschütterung festgestellt wurde.

*** Schulkil (Solek Kuj.), 8. November.** Im Konfirmandenjaal fand gestern eine Feierstunde für die Deutsche Nothilfe statt, in der aufgerufen wurde zur Mitarbeit und zur Unterstützung dieses großen Liebeswerkes. Nach dem Largo von Händel und einem Gedicht, das wirkungsvoll gesprochen wurde, richtete Pfarrer Leesch Worte der Begrüßung an die Anwesenden und gab Aufklärung über die Bedeutung der Veranstaltung. Nach einem Vortrag des Gemischten Chors und einem weiteren Gedicht hielt Schriftleiter Hefke die Hauptansprache der Feierstunde, in der er einen Überblick gab über die Arbeit der Deutschen Nothilfe. Er rief auf, Außerlichkeiten zu meiden, dafür aber einen Volkssozialismus der Tat unter Beweis zu stellen. Die Ansprache klang in dem von allen Anwesenden stehend gesprochenen Gelöbnis: „Wir wollen helfen“ aus. Es folgten „Träumerei“ von Schumann, gespielt von Herrn Krah (Geige) und Fr. Peiler (Harmonium). Nach dem Lied der Deutschen in Polen sprach der Sprechchor des Jungmännervereins „Wir alle“ und nach weiteren Gedichten und Chorvorträgen erklarte von den Anwesenden gemeinsam gesprochen, „Großer Gott wir loben dich“. Ein Blütenfoto (Herr Krah) und ein weiteres gemeinsam gesungenes Lied beschlossen die Darbietungen. Nach einigen Schlussworten von Pfarrer Leesch, der auf die Meisterwoche hinwies, wurde von sämtlichen 200 Anwesenden das Vaterunser gemeinsam gesprochen.

Braten unter sich.

Jede hat so ihr kleines Hausfrauengeheimnis, das sie nicht gern mit anderen teilt. Aber wenn diese anderen ihr immer und immer wieder bewundernd sagen: Wie machen Sie das bloß, so weißte Wäsche zu bekommen? Dann gibt sie auch gern ihr Geheimnis preis: Ganz einfach! Ich nehme nur noch Schicht-Weißer Firsch. Strahlend weiß macht sie die Wäsche. (6379)

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seife; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prasadski; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“.

Ihre Vermählung
geben bekannt:
**Werner Günther
Ruth Günther**
geb. Schulz.
Rittergut Kleinradmeritz (Sa),
den 29. Oktober 1934. 7556

An die Bürgerschaft
der Stadt Bydgoszcz.
Hiermit wende ich mich an die geehrte
Bürgerschaft der Stadt Bydgoszcz mit der
Bitte, aus Anlaß des **Feiertages der Unab-
hängigkeit**, und zwar am 10. u. 11. November
d. Js., die Häuser durch **Flaggen** zu schmücken.
Bydgoszcz, den 7. November 1934.
Prezydent miasta:
(—) L. Barczewski,
R. Sp. 28.

Ogłoszenie.
W tutejszym rejestrze spółdzielczym nr. 28
„Deutsche Volksbank Bank Spół-
dzielczy z ogr. odp.“ zakład główny
w Bydgoszczy, filja w Koronowie“
wpisano dzisiaj, że członek **Wilhelm v. Born-
Falois** wystąpił z urzędu z powodu śmierci.
Koronowo, dnia 19. października 1934 r.
Sąd Grodzki. 7567

Graue Haare
Haarausfall gibt es
Schuppen nicht
gebrauchen Sie
Balsam-Mag Nr. I beseitigt
und verhindert Haarausfall
Balsam-Mag Nr. II gibt ergrautem
Haar die ur-
sprüngliche Farbe wieder. 7432
Preis 3.— zł. — Ueberall zu haben!

Kunststofferei „Tra“
stopft unter Garantie unsichtbar. Jetzt
Gdańsk 62, 1 Treppe. 3643
Teppich-Reparaturen nur kunstgewerblich.

**Kohlen - Koks
Briketts - Holz**
liefert in jeder Menge 081
Andrzej Burzyński,
Bydgoszcz, Sienkiewicza 34, Telefon 206.

Poln. Unterricht
leichte Methode, w. er-
teilt Sienkiewicza 6, m. 3.
7281
**Erteile gründlichen
Klavierunterricht.**
Monatl. 10 zł, wöchentl.
2 Stb. Rom. ins Haus.
Klavier frei z. Ueben.
Detman 5, Bohn. 5.
Aufgang rechts. 3386

**Moderne
Werbe-
drucke**
nach eigenen oder gelieferten
Entwürfen fertigt Großdruckerei
A. DITTMANN T. Z O. P.
BYDGOSZCZ
Marsz. Focha Nr. 6
Auf Wunsch Muster und Kostenanschläge unverbindlich

KAMCZATKA Dworcowa 42, Tel. 17-47
die bekannte Warschauer
Rüchenerwerkstatt führt alle einricht. Rüchener-
arbeiten fachkund., solide u. billigt aus. Nimmt
Felle z. Gerben u. Färben an. Dworcowa 42.

Handelstürfe
(in poln. und deutscher
Sprache)
Unterricht in Buch-
führ., Stenographie,
Maschinen schreiben.
Privat- u. Einzelunter-
richt. Eintritt täglich!
G. Borreau,
Bücherrevizor,
Bydgoszcz. 7469
Marjańska 10, W. 8

**Geigen- und
Klavierunterricht**
erteilt gründl. u. billig
Garbarn 19, Wohn. 2.

**Gesichtsmassage
Beiträge**
Kostenlos kosmetische
Beratungen ert. Prof.
Academie Scientifique
Paris bei „CEDIB“
ul. Słowackiego 1, 3426

Damenkleider,
tadellos, fertig an 3634
Michajewski, Promocja 54/4.

**Franz.
Cognacs**
noch zu
billigen Preisen
empfehlen
Nyka & Postuszny
Poznań
Wroclawska 33/34.
Tel. 1194. 6811

**Herren- u. Hauswä-
sche u. plätte.** Gar-
dinen werden ge-
waschen, auch ins Haus
plätten. Bitte um gefl.
Aufträge. 3633
E. Wintler,
Marjańska 5, Wg. 8.
Gefunden 1 br. Leder-
handschuh in N. Bial.
Sienkiewicza 53, Wg. 4.
3644

Heirat
Polizeibeamter
27. ev., wünscht glück-
liche Heirat. 7068
Stadren, Berlin,
Stolpischestraße.

Motorenreparatur
evgl. 29 J. alt, solide, v.
aut. Neukern, sucht auf
diesem Wege die Be-
kanntsch. einer tüchtig.
wirtschaftlichen Dame
mit etwas Vermögen
zwecks Heirat.
Bild erwünscht. Anon-
ym. Papierkorb. Off.
unter N. 7550 an die
Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

**Besitzer von Gütern und
Landwirtschaften.**
Wir teilen den geehrten Interessenten mit, daß wir mit
der Naczelna Organizacja Zjednoczonego Rolnictwa und
Przemysłu Rolniczego Zach. Polski in Poznań auf Grund der
Verordnung des Min. Opieki Społ. vom 24. X. 1933 einen
Vertrag abgeschlossen haben zur Lieferung vorgeschriebener
Verbandskästen
zu herabgesetzten Preisen.
Preise der Kästen:
Verbandskasten Typ A für Landwirtschaften 7510
bis 20 Arbeiter zł 32.—
Verbandskasten Typ B für größere Land-
wirtschaften zł 42.—
Porto und Verpackung zł 2.50.
Die Preise verstehen sich per Nachnahme oder Vor-
hereinsendung des Betrages.
**Fabryka Chem. Farmaceut.
„PARAMO“**
Bydgoszcz, ul. Stroma 4. Tel. 20-32.

Offene Stellen
Lehrer
mit Unterr.-Erlaubnis
auf Landgut Woiem.
Poznań gesucht. Deri.
m. begabt. Schüler der
VII. Kl. i. Math., Chem.,
Phys., Latein u. Geogr.
für d. Herbst innerhalb
1-1 1/2 Jahr. vorbereit.
Für übrige Fäch. ist d.
andere Lehrtr. gefordert.
Angeb. mit Gehalts-
anpr. bei vollst. freier
Stat. und Vna. d. Ref.
unter N. 7378 an die
Geschäftsst. d. Zeitg. 374.
Welterer 7546

**deutsch-polnische
Stenotypistin**
polnischer Staatsange-
hörigkeit mit guter
Praxis, von sofort nach
Gdańsk gesucht.
Offerten mit Lebens-
lauf, Zeugnisabschrift,
und Gehaltsanprüchen
zu richten unter N. 7560
a. d. Geschäftsst. d. 374.
Suchen für unser
Kaffee- Spezial- und
Lebensmittel- Geschäft
eine branchenübige
gewandte 7526
Verkaufserin
gleich-1 Lehrling.
Mensch & Neubauer,
Grudziądz, Wobickiego 1.

jüngeren Verkäufer
beider Landesprachen in Wort und Schrift
mächtig. Schriftl. Off. u. Angabe der bisherige
Beschäftigung, sowie Gehaltsanprüche erbeten.
J. E. Schönenberger, Welherowo, Pomorze
Eisen, Baubeschlag, Werkzeuge, Küchenger. 7c.

Stellengefuche
Landwirt 30 Jahre
alt, evgl.,
beh. Polnisch in Wort
und Schrift, mit langj.
Praxis, in intensiven
Betrieben Pommerell
und Bolen, sucht Dauer-
stellung. Gefl. Offert.
unter N. 3602 an die
Geschäftsst. d. 374. erb.
Junger Mann, 20 J.
alt, evgl., sucht Stelle,
von sofort oder später
als landwirtschaftlich.
Hilfswirtschaftler
oder **Waldwärter.**
Off. u. C. 7480 a. d. G. d. 3.

Förster
30 Jahre alt, verh., der
in allen Arbeiten gut
vertraut ist, mit guten
Empfehlungen,
sucht Stellung
v. 1. 1. 1935 od. später.
Angebote unt. C. 7566
a. d. Geschäftsst. d. 374. erb.
Brennerei-Berwalter
verh., 46 J. alt, 26 J.
im Fach, mit sämtlichen
Nebenbetriebe, d. Brenn-
erei u. Landwirtschaft
gut bewand., d. deutsch.
u. poln. Spr. in Wort u.
Schr. mächtig. Brenn-
recht vorhanden, sucht
Stellung. 7520
F. Malinowski,
Brennerei-Berwalter,
Nowemiasło n. D.,
Ołdina 39.

Mühlentwischer
verh., m. groß. Mühlen-
praxis, 29 Jahre alt,
sucht Stellung
in Saug- od. Wasser-
mühle, od. a. Bachtung
v. 15. 12. oder 1. 1. 1935.
Ration vorhanden, Gefl.
Offerten unter N. 7562
a. d. Geschäftsst. d. 374. erb.
Buchhalterin
bilanzfähiger, Korresp.,
Schreibm., dtsch., poln.,
landw. Buchführung,
selbständ., energ., sucht
Stellg. Ang. u. Z. 2271
an Ann.-Exp. Wallis,
Toruń. 7460

Haustochter
bei Kind. mit Familien-
anschluß. Bin schon in
Stella, gewissen. Brd.
Angebote unt. 7488 an
Arnold Ariedts,
Grudziądz.
Suche vom 15. 11. 34
**Stellung
bei Kindern**
evtl. z. Hilfe im Haus-
halt. Sehr kinderlieb,
ehrlich und zuverlässig,
schon in Stell. gewesen.
Offerten unter N. 7349
a. d. Geschäftsst. d. 374. erb.
Evgl. Mädchen
sucht ab 15. 11. in Land-
od. Stadthaus, Stellg.
als Haus- oder Allein-
mädchen. Gute Zeugn.
vorhanden. Zuschriften
unter N. 7565 an die
Geschäftsst. d. 374. erb.

Bacon - Eber
einjährig, Orig. engl.
Abstammung, verkauft
billig. 7521
Saatgutwirtschaft
Zamarte,
p. Dąbroszynie,
pow. Chojnice.
Tagelöhner
deutscher kurzj. Rude,
19 Mon. alt, jagdl. gut
veranlagt, u. sehr gute
Nale, apportiert, steht
fest vor, verkauft um-
ständehalber für 100 zł
A. Kiehl, Ludwintz,
p. Patosć (Notec). 7523
**Speise-, Schlafzimm-
er und Küchen** zu verkf.
Zischlerei Kosciuszki 8.
3521

6-t-Roggen- und Weizenmühle mit 40-50 PS
Kohlmotor, Gebäude u. Maschinen in bester
Ordnung, großer Obst- und Gemüsegarten,
dicht an Mittelstadt, durchführende Chaussee,
8-Zimmer-Wohnung, Gas, Wasser, elektr. Licht
vorhanden, besondere Mieteneinnahme 1200.— zł
Gulden. Das ganze Jahr fast ausschließlich
mit Rundenmüllerei voll beschäftigt. Rein
Bettelwagen fahren, in fruchtbarer Gegend
des Freistaates ohne Konkurrenz. — Wegen
Krankheit und hohen Alters bei 30.00.— zł
Anzahlung und 30.000.— zł Restkaufgeld auf
10 Jahre zu 5%, Hypothek an nur Fachmann
mit Meisterbrief. Angebote unter C. 7496
a. d. Geschäftsst. der Deutschen Rundschau erb.

Wohnungen
6-12 Zimmer
f. Wohn-, Gesch., Büro-
eotl. Verhältnisse, Weizn. Knef 9. i. Et.
gute Geschäftslage, sol.
künst. z. verm. Näheres
Weizn. Knef 9, m. 3. 3600
5-3-2 Wohn. m. sämtl.
Zubeh. z. verm. Edward
Kied. Sniadeckich 33,
Cde Sienkiewicza. 7457
Komfort, schöne 3628
4-Zimmer-Wohnung
i. Etg., sol. z. verm. Bl. J.
Wegienhoffa 3, m. 2.
Schöne, helle Räume
umzubauen zu 2 Zimm-
ern und Küche. Ausstun-
dungs, Gdansk 18. 7559
Baden
mit Wohnung, 1 bis 2
Zimmer, von sof. oder
vom 1. Jan. im Zentr.
der Stadt Bydgoszcz
oder Toruń gesucht.
Offerten unter N. 7548
a. d. Geschäftsst. d. 374. erb.

100 PS. Heizungsampflomobile
Fabrikat Wolf, Mdbg.-Budau, m. neuer
Vorfeueruna, mehrere doppelte Walzen-
stühle, Mag und System, Schlauchfilter,
Ventilatoren, Planlichter, Mag u. System,
Mischmaschinen, Elevator, Transmis-
sionen, Stab- und Hängelager, Riemen-
scheiben, Treibriemen, Förderketten,
Sacklopfmaschine, Sod., Sacklopfmaschine
„Singer“, elektr. Lichtanlage mit Schalt-
tafel, verläufe preiswert und wollen
Interessenten gefl. Anfragen richten unt.
V. 7555 an die Geschäftsst. d. 374. Zeitg.

Spundmaschine für Fußboden
u. **Hochleistungsvollgatter**
450 oder 500 mm Rahmendurchgang, gebraucht
gut erhalten, zu kaufen gesucht. Offerten
mit genauer Beschreibung und Preisangabe an
Büro Ogłoszeń „PAR“, Poznań, Aleje
Marcinkowskiego 11, unter 57 369. 7481

Auktionshaus, Gdańsk 42
hat billig abzugeben: Meiers Lexikon, letzte Aus-
gabe, komplett 50 zł, deutsche Kultur-Geschichte,
verh. and. Bücher, Aerial-Lampe, Bilder guter
Maler, Mahagoni-Salon, Stb- u. Schlafzimmer,
Krankentisch und verh. gute Einzeilmöbel. 7670
Antike u. neue Möbel
empfehlen zu sehr gün-
stigen Preisen. Nimmt
ständig an zum tom-
missionsweisen Verkauf
at. Möbel, ganze Woh-
nungseinrichtungen zc.
Schätzung, jed. Art und
preis. Verkäufer, führt
schnell, reell u. bill. durch
A. Mroczynski
lang. Aufst. u. gerichtl.
vereh. Sachverständiger,
Gdańsk 42/2, Tel. 1554
Sala Licytacyjna. 7345
Kauf bei Barzahlung
gebr. Möbel
wie alle andere Ge-
brauchsgegenstände.
Gerh. Weizn. Knef 8, 2.1
Kaufe dauernd 7408
gebr. landwirtschaftl.
Maschin. u. Geräte
aller Art. Genaue Be-
schreibungen u. Preise
bitte unter Adresse
Smieci, Strajna
Pocztowa Nr. 18.

**Kartoffelboden-
Trocknungsanlage**
Fabrikat Förster-Im-
perial, mit Zubehö-
r, verkaufe preiswert.
Offerten unter 745
an Annon.-Expedition
„Kosmos“, Poznań,
Zwierzyńnicia 6. 7561
2 Vollgatter
60 u. 80 cm Durchl.,
Fabrikat Stoedert,
Landsberg, 1 Band-
säge, 70 cm Rad-
durchm., Fabr. Leichert
& Sohn, Eignitz, ein
Doppel-Walzenstuhl,
700x300 mm, Fabrikat
Sed. Dresden, 1 Paar
Mühlenteile, Fran-
zosen, 125 cm, 13 m Trans-
mission, 75 u. 80 mm,
komplett mit Ring-
schmierlagern, 1 Per-
sonenauto, off. Fabr.
Steyer, zu verkaufen.
H. Uohrau, Tarkat i Młyn
wodny, Szlaza Młyn
poczta Kasparus, pow.
Starogard. 7564
2 Milchkannen
20 ltr. Inh., sehr wenig
benutzt, sind zu verlauf.
Promenada 81. 3642

**Der Männer-Gesang-Verein
„Kornblume“**
begeht am Sonntag, d. 11. Nov. sein
**50
jähriges Jubiläum**
und veranstaltet an diesem
Tage unter Beteiligung von
300 auswärtigen Sängern ein
großes Festkonzert
mit anschließendem Ball
in Kleineris Feldsälen.
Beginn des Konzertes nachmittags 5 Uhr.
Ball abends 8 Uhr. 7474
Eintrittskarten bei P. Glas, Gdanska 17.

Die Deutsche Bühne Bydgoszcz z.s.
ruft die Deutschgemeinde
zum Sonnabend, d. 10. November 1934
zur **Schillerfeier**
anlässlich des 175. Geburtstages des Dichters
(zugleich Feier des vierzehnjährigen Bestehens der Bühne).
Zur Fest-Aufführung gelangt:
„Die Braut von Messina“
Ein Trauerspiel mit Chören in 4 Akten (5 Bildern) von Friedrich v. Schiller
Chorische Musik von Wilhelm von Winterfeld.
Vor Beginn der Aufführung:
1. Vorspruch (von Al. Konrad)
2. Coriolan-Ouverture von L. van Beethoven.
Anfang: 8 Uhr abends. — Schluß: kurz nach 11 Uhr.
Eintrittskarten wie üblich.
Die Bühnenteitung.

Achtung!!!
nur im
Kino „Adria“
Stimmen aus dem Publikum:
Die gestrige Premiere des großen
Franz Schubert-Films
mit **Richard Tauber**
und den
Wiener Sängerknaben
War ein großes
Erlebnis!
Achtung!!!
nur im
Kino „Adria“

Bommerellen.

8. November.

Graudenz (Grudziadz)

Die Schreckliche Bluttat

Wie sich, wie damals mitgeteilt, am 18. Juli in Gr. Komorik (B. Komorik), Kreis Schwes, zutrug, wobei der 25-jährige Saisonarbeiter Ludwig Fiska beim Getreidemähen seinen Kollegen, den Arbeiter Borzyskowski, durch einen Stich mit der Sense in den Unterleib tötete, kam jetzt vor dem hiesigen Bezirksgericht zur Verhandlung. Nach dem Verbrechen hatte F. die Flucht ergriffen, im Laufen einem Landwirt ein Bein entrisen und damit einen der ihn Verfolgenden geschlagen. Erst auf der Graudenz-Weichselbrücke war es gelungen, den Fliehenden zu ergreifen.

Im Laufe der Untersuchung hat sich F. nicht zu der Tat bekannt und behauptet, daß sie von einem andern verübt worden sei. Da er außerdem ein Verhalten an den Tag legte, das an seiner Zurechnungsfähigkeit Zweifel hegen ließ, wurde er einer Prüfung seines Geisteszustandes durch Psychiater unterzogen.

In der Verhandlung zeigte der Angeklagte wiederum eine absolute Stumpfheit grenzende Gleichgültigkeit, was den Eindruck machte, daß er an dem, was sich da im Gerichtssaal ereignete, nicht das geringste Interesse habe und daß alles ihn gar nichts anginge. Auf die vom Vorsitzenden Vizepreses Dr. Fiska an ihn gerichteten Fragen reagierte F. in keiner Weise und hüllte sich in tiefstes Schweigen. Die zur Vernehmung gelangenden Zeugen schilderten den Verlauf der Bluttat und bezeugten die Schuld des Angeklagten. Nach den Gutachten der beiden psychiatrischen Sachverständigen Dr. Szpakowski und Dr. Kaczmarek, die den F. zehn Wochen lang beobachtet haben, ist sein Geisteszustand in der Tat ein solcher, daß er für seine Tat nicht verantwortlich gemacht werden kann. Im Krankenhaus habe er die ganze Zeit hindurch in völliger Apathie verharret. Gegenwärtig sei er sogar für seine Umgebung gefährlich, da er jederzeit wieder aus einem plötzlichen Impulse heraus zu einer in ihren Folgen unberechenbaren Handlung fähig sein könnte. Das Gericht kam denn auch nach nur zweifelhafter Sitzungsdauer zu einem freisprechenden Erkenntnis unter Anordnung der Unterbringung des Angeklagten in einer Irrenanstalt.

× Eine Verammlung von Arbeitslosen fand Dienstag nachmittag im „Waldhüschchen“ statt. Es wurde dort lebhaft gegen die Herabsetzung der wöchentlichen Notstandsunterstützungen Einspruch erhoben. Nach Beendigung der Verammlung gingen die Arbeitslosen in geschlossenem Zuge zum Rathaus, wo sie der Stadtverwaltung den Protest vortrugen wollten. Als sie sich vor dem Magistratsgebäude befanden, trat ihnen die Polizei entgegen und löste den Zug auf. Zu irgendwelchen Ausschreitungen kam es nicht.

× Die Zahl der Einbrüche ist wiederum durch eine tiefe Unternehmung dieser Art vermehrt worden. In der Nacht zum Dienstag drangen Diebe in das Lager der sich gegenüber dem Bahnhof befindenden Exportgenossenschaft, nachdem sie die das Fenster sichernden Eisenstäbe herausgehoben hatten. Gestohlen wurden 153 Kilogramm Butter im Werte von etwa 450 Zloty. Die nach den Tätern polizeilicherseits angestellten Recherchen blieben bisher ergebnislos.

× Randstreicher unter sich. Eine krasse „Unkollegialität“ zwischen neuzeitlichen, unangenehmen Wanderburschen offenbarte eine Verhandlung vor dem hiesigen Bezirksgericht. Es lagen im August d. J. zwei Tippelbrüder, Leon Paszaf und Stanislaw Jasinski, ihres Weges fürbaß mit Endziel Danzig. Da sie in der Nähe von Kasowicz ein dritter „armer Reisender“ namens Jozef Urbanski zu ihnen, und man pendelte gemeinsam weiter. Da Paszaf, der von einem Regiment desertiert war, sich um jeden Preis seiner militärischen Kleidung entledigen wollte, reiste in ihm der Plan, den Urbanowicz seiner zivilen Luft gewaltsam zu entledigen und mit seiner (des P.) auszutauschen. Jasinski lagte ihm hierbei seine Mithilfe zu. Die beabsichtigte Umkleeprozessur ging dann auch in einem Walde im Kreise Schwes vor sich. Beide Kumpane stützten sich auf Urbanowicz und rissen ihm seine Kleidung vom Leibe, worauf sie entflohen. Sie wurden aber bald erwischt. Paszaf transportierte man zur Militärbehörde, und Jasinski kam vor Gericht. Hier fand seine Mitwirkung bei dem Überfall die Sühne; er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Thorn (Torun)

Straßenbahn köpft 5-jährigen Knaben.

Am Dienstag war unsere Stadt Schauplatz von zwei tragischen Straßenbahnunfällen, von denen einer den Tod eines kleinen Kindes zur Folge hatte.

Zur Mittagszeit dieses Tages fehlte das 5-jährige Söhnchen Gerhard des bei der Firma Poels & Ska. beschäftigten Kleiderhergestellten Karl Farchmin, Königstraße (Sobieskiego) 89, wie gewöhnlich aus der Spielschule in der Bergstraße (Podgórna) nach Hause zurück. Beim Passieren der Lindenstraße (ul. Kosciuszki) blieb Gerhard des öfteren stehen und ließ seine Augen in kindlicher Neugier umherschweifen. Hierbei gewährte er unter anderem eine in schneller Fahrt sich nähernde Straßenbahn. Als der Motorwagen schon ziemlich nahe war, machte der unbefohlene Knabe plötzlich den Versuch, noch vor der sich nähernden Straßenbahn die andere Straßenseite zu erreichen. Diesen Leichtsinne mußte er mit dem Tode bezahlen. Er kam auf den Schienen zu Fall und geriet unter den schweren Motorwagen, der ihm den Kopf und die rechte Hand vom Körper trennte. Das unglückliche Opfer, dem außerdem das linke und rechte Bein gebrochen wurden, war auf der Stelle tot. Seine Leiche wurde in das Städtische Schanhaus in der Graudenz-

zerstraße (Grudziadzka) gebracht. — Wie die Untersuchung ergab, trägt der Straßenbahnführer Antoni Rybicki keinerlei Schuld an dem tödlichen Unfall. Die Entfernung zwischen dem Wagen und dem die Straße überquerenden Knaben war zu gering, um die Straßenbahn noch rechtzeitig zum Stehen bringen zu können.

Am gleichen Tage ereignete sich ein zweiter Straßenbahnunfall in der Nähe des Stadtbahnhofes. Hier geriet der 30-jährige Straßenbahnführer Franciszek Siodelski zwischen die Puffer zweier Straßenbahnwagen, wobei ihm das eine Bein oberhalb des Knies zerquetscht wurde. Der Bedauernswerte wurde durch die Rettungsbereitschaft in das Städtische Krankenhaus transportiert.

Die Kleiderwoche gibt dir Gelegenheit,

deine notleidenden Brüder in der Gesamtheit mit Kleidung zu versorgen. Jeder, der diese Gelegenheit versäumt, fällt dem großen Werk der Nothilfe in den Rücken.

Spendet Kleidungsstücke!

Angeichts der bevorstehenden

Eröffnung der neuen Weichselbrücke

über die Weichsel beschloß die Stadtverwaltung, der neuen Brücke die Bezeichnung „Marschall Pilsudski-Brücke“ zu geben. Gleichzeitig fiel der Beschluß, die Allee, die die Verlängerung der Brücke darstellt und den Bankplatz (Plac Bankowy) mit der Mellienstraße (ulica Mickiewicza) verbindet, „Aleja 700-lecia Torunia“ zu taufen. Diese Beschlüsse unterliegen allerdings noch der Bestätigung durch die Stadtverordnetenversammlung. Es unterliegt aber gar keinem Zweifel, daß das Stadtparlament die Vorlage der Stadtverwaltung annimmt.

Wie verlautet, werden der Verkehrszwizeminister Piechoci und Direktor Sila-Nowicki als offizielle Vertreter der Regierung an der Eröffnung der Brücke und der Einweihung des Gebäudes der Eisenbahndirektion teilnehmen.

× Der Wasserstand der Weichsel betrug Mittwoch früh unverändert 0,89 Meter über Normal. — Im Weichselhafen traf Schlepper „Steinfeller“ mit drei beladenen Rähnen aus Bromberg ein, während Schlepper „Spoldzielnia Wisla“ mit einem leeren Rahn nach Dobrzyn startete und ein Rahn ohne Schlepphilfe sich talwärts nach Bromberg auf den Weg machte. Auf der Fahrt von Warchau nach Dirschau bezw. Danzig passierten die Personen- und Güterdampfer „Fredro“ bezw. „Gauß“ mit einem leeren Rahn, in entgegengesetzter Richtung „Eleonora“ bezw. „Sowiński“.

× Apotheken-Nachdienst von Donnerstag, 8. November, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 15. November, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 11. November, hat die „Kömen-Apotheke“ (Apteka pod Kmem), Elisabethstraße (ul. Król. Jadwigi) 1, Fernsprecher 269.

v. Die Geldspenden für die Opfer der Hochwasserkatastrophe erreichten am letzten Sonnabend die Höhe von 27 985,10 Zloty.

v. Schrecklicher Tod unter Fohlenhufen. Auf dem Gute Tilk bei Thorn hütete der 48-jährige Arbeiter Stanislaw Bober eine Herde Fohlen. Aus unbekannter Ursache wurden die jungen Tiere auf einmal schon und überannten ihren Hüter. Hierbei erlitt Bober durch die Hufschläge so schwere Verletzungen, daß er bald darauf, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verschied. Ein aus Culmsee hinzugezogener Arzt stellte einen Schädelbruch und eine Fraktur fest.

× Vermißt wird seit dem 5. d. M. der 14 Jahre alte Alojzy Kwiatkowski. Er hat an diesem Tage sein elterliches Haus in der Lindenstraße (ul. Kosciuszki) 86 verlassen und ist seitdem spurlos verschwunden. Polizeiliche Ermittlungen nach seinem Verbleib sind im Gange.

× Dem Polizeibericht zufolge kamen am Dienstag sechs kleinere Diebstähle zur Anzeige, von denen vorerst einer aufgeklärt werden konnte. Außerdem wurden zwei Protokolle wegen Übertretung polizeilicher Verwaltungsvorschriften und eins wegen Zuwiderhandlung gegen handels-administrative Bestimmungen aufgenommen. — An Festnahmen waren zu verzeichnen: eine wegen tätlichen Widerstandes gegen die Polizei, und eine wegen Diebstahls. Außerdem wurden je eine Person wegen Betruges und wegen Diebstahls arretiert und zwei Personen wegen Veranstaltung unerlaubten Glücksspiels der Burgstarostei zur Disposition gestellt. Wegen Trunkenheit erfolgten fünf Sekturierungen.

t Podgorz (Podgór), bei Thorn, 7. November. Das hiesige Standesamt registrierte im Monat Oktober 16 Geburten (9 Knaben und 7 Mädchen) sowie 9 Todesfälle (4 männliche und 5 weibliche Personen), darunter 2 Personen im Alter von über 60 Jahren und 4 Kinder im ersten Lebensjahre. In demselben Zeitraum wurden 7 Eheschließungen vollzogen.

Friedhofsschändung.

* Zwist, Kreis Tuchel, 7. November. An einem der letzten Sonntage schändeten drei junge Burschen nach 7 Uhr abends wahrscheinlich in angetrunkenem Zustand den evangelischen Friedhof dadurch, daß sie ein etwa 12 Meter langes Stück des Friedhofszaaues mit großer Gewalt niederrissen. Da sie trotz ihres Davonlaufens erkannt wurden, sollen sie zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser üble Vorfall erinnert an eine Reihe von ähnlichen Schandtaten, die bisher noch nicht gesühnt werden konnten. Schon vor vier Jahren wurde auf dem Grab eines Sohnes des früheren Lehrers Wehnert ein großes, weißes Marmorkreuz,

8 Zentimeter breit und 5 Zentimeter dick, mitten durchgebrochen. Auch eine weiße Marmorplatte auf einem anderen Kindergrab sowie eine größere, starke Glasplatte eines Altars wurde ganz zertrümmert. 1931 wurden zwei dicke, schwarze Glastafeln völlig zertrümmert. Im vorigen Jahr wurde erst vor Ostern ein Kinder-Denkmal mit seinem schweren, 1/2 Meter hohen Zementsockel und seinem 1/4 Meter hohen eisernen Kreuze ganz umgerissen (!) und das weiße Namensschild vernichtet. Kurz vor dem Totenfest fiel eine tief in künstlichem Marmor eingelassene, starke Glasplatte einem großen Stein, der noch auf dem Grabe lag, zum Opfer. Gleich nach dem Feste wurde auf einem Kindergrab eine Ecke der weißen Marmorplatte abgeschlagen und verschleppt. Damit haben Bubenhände gerade 1/3 aller vorhandenen Grabplatten beschädigt d. h. fast immer ganz zerstört! In diesem Sommer aber wurden an einer Kinder-Grabstätte in dem dichten, 4 Meter hohen Lebensbaum-Zaun sieben Kronen abgeschnitten — eine hatten die gemütsrohen Täter liegen lassen.

Diese Kette von Übeltaten, die die Empfindungen jedes Christenmenschen sehr verletzen müssen, wirkt um so merkwürdiger, als die kleine evangelische Minderheit mit der katholischen Bevölkerung und den Behörden im allgemeinen ganz friedlich zusammen lebt. Hoffentlich gelingt es endlich, mit vereinten Kräften die Zerstörungssucht zuchtloser Burschen zu überwinden.

tz Konik (Chojnice), 7. November. Der Deutsche Frauenverein veranstaltete am Mittwoch nachmittag um 4 Uhr in der Kleinkinderschule einen Abschiedskaffee für das scheidende Vorstandsmitglied Frau Swietlik. Frau Kiedrowski gedachte in ihrer Ansprache der Verdienste, die Frau S. für den Verein in den langen Jahren geleistet hat und wünschte ihr alles Gute. Frau von Fischer wurde delegiert, in Vandsburg über die Schwesterpension zu verhandeln. Auch die Weihnachtsbescherung der kleinen Kinder wurde besprochen.

Der Radfahrerverein Konik hielt am Montagabend im Hotel Engel seine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende Willi Meiffert begrüßte die zahlreich Erschienenen. Es wurde u. a. beschlossen, das 40-jährige Vereinsjubiläum am Sonntag, dem 18. November, als Saalsportfest im Hotel Engel zu feiern.

* Schwes (Swiecie), 7. November. Zwei maskierte Banditen drangen in die Wohnung von Woleslaw Grzela in der Ziejorzi hiesigen Kreises ein, verletzten den Genannten durch zwei Revolverschläge und flüchteten wieder, nachdem sie sich 935 Zloty angeeignet hatten. Die Polizei fahndet nach den Tätern.

v Vandsburg (Biechów), 7. November. Am Dienstag fand hier der diesjährige St.-Martin-Kram-, Vieh- und Pferdemarkt von schönstem Herbstwetter begünstigt statt. Schon in den frühen Morgenstunden herrschte reger Verkehr, denn an diesem Markttage sind nach alter Sitte die Dienstboten von der Arbeit befreit und in großen Scharen pilgerten sie der Stadt zu, um ihre Bedarfsartikel einzukaufen. Auf dem Krammarkt hatten die nie zum größten Teil aus den Dörfern stehenden Händler ihre Zelte aufgeschlagen, um Waren der verschiedensten Branchen zu billigen Preisen feilzubieten. Der starke Marktbesuch zog natürlich auch Taschendiebe an, und so mancher Marktbesucher hatte in kurzer Zeit den Verlust seiner Geldbörse zu beklagen. Der Vieh- und Pferdemarkt hatte einen rechtlichen Anlauf von Tieren zu verzeichnen. Für bessere Milchkuhe wurden bis 220 Zloty gezahlt, der Durchschnittspreis bewegte sich aber zwischen 100—150 Zloty. Gute Arbeitspferde standen mit 250—300 Zloty im Handel, für geringere wurden 100—200 Zloty gezahlt.

Thorn.

Wäschestoffe

in allen Breiten und verschiedenen Qualitäten.

Große Auswahl. 1857 Billig.

W. Grunert, Torun, Szeroka 32.

Kaufen Polstermöbel nur beim Siehmann Fachmann

A. Schulz, Tapezier- und Dekorationsmeister

Torun, Male Garbary Nr. 15 5494

— Aufpolsterungen und Dekorationen werden billig berechnet.

Welcher Lehrer (in) 1. R. Nachrichten.

deutsch. Unterricht? Sonntag, den 11. Nov. 1934

Angab. u. H. A. u. C. (24. n. Trinitatis).

Wallis, Torun. 7540 * Bedeutet anschließende Abendmahlfeier.

Damenbüte w. laub. 7540

umgearbeitet Torun. 7172

Bankowa 6. 1.

Goldfüllhalter

Qualitäts - Füllhalter mit 14-kar. Goldfeder in allen Spitzenbreiten zu haben bei

Justus Wallis,

Papierhandlung, Bürobedarf, Torun.

Reparaturen sämtlich. Goldfüllhalter-Systeme werden schnellstens ausreführt.

Raufe Schwarzwälder Andrusz.

Angab. u. 2275 an A. C. Wallis, Torun. 7543

Evangel. Mädchen vom Lande, m. Platt-u. Nähkenntn., lücht Stellg. v. 1. 12. od. spätr. Ang. unt. A. 2274 an Ann.-Exp. Wallis, Torun. 7449

2. R. Nachrichten.

Sonntag, den 11. Nov. 1934 (24. n. Trinitatis).

* Bedeutet anschließende Abendmahlfeier.

Evangel. Gemeinde, Graudenz. 10 Uhr Rinder-gottesdienst. Montag 8 Uhr Jungmädchenver. Dienstag 8 Uhr Polanenschor. Mittwoch 5 Uhr Bibelstunde. Donnerstag 8 Uhr Jungmännerver. Freitag 4 Uhr Frauenhilfe. 8 Uhr Kirchenchor. Sonnab. 8 Uhr Jungvolk-Heimabend. Stadtmision Graudenz, Ogrodowa 9—11. Born. 9 Uhr Morgenandacht. 6 Uhr Evangelienlesung. Pfr. Gürtler, 7 Uhr Jugenbund. 2 Uhr Abendmahl. 8 Uhr Sonntagsschule. 8 Uhr Frauenhandarbeit. 1/8 Uhr Mädchenstunde. Donnerstag. 1/8 Uhr Bibelstunde. Freitag. 6 Uhr Andacht in Weiburg. 10 Uhr Gottesdienst. Unterbrechung mit der konfirmierten Jugend. 1/12 Uhr Rindergottesd. uachm. 1/3 Uhr Jungmädchenversammlung. Gruppe. Born. 10 Uhr Gottesdienst. (Feier des 400-jähr. Bibeljubiläums). Pfaffen. 10 Uhr Gottesdienst. P. Gürtler. Schwes. 10 Uhr Gottesdienst. Donnerstag nachm. 8 Uhr Frauenversammlung. in der Kathol. Zuchel. Born. 10 Uhr Religionsdienst. Zuchel. 10 Uhr Predigt-gottesdienst. Pfr. Gürtler.

Es bleibt noch viel zu tun übrig.

Abgeordneter Franz zur ersten Lesung des Haushaltsvoranschlages.

Bei der ersten Lesung des Haushaltsvoranschlages, mit der am Dienstag die Sejmession eröffnet wurde, brachte unter anderen Rednern auch der Vorsitzende des Deutschen Parlamentarischen Klubs, Abgeordneter Franz, verschiedene Klagen und Wünsche der deutschen Minderheit in Polen vor. Wir geben nachstehend die Rede im Wortlaut wieder:

Hohes Haus!

Schon seit Jahren wird der Sejm nur einmal im Jahr zu einer Session und zwar gegen Ende des Jahres einberufen. Seine Einberufung erfolgt hauptsächlich zur Beratung des ihm von der Regierung vorgelegten Haushaltsvoranschlages. Mit der Annahme des Haushaltsvoranschlages ist dann seine Tätigkeit auch erledigt; die Regierung macht von ihm keinen weiteren Gebrauch mehr. So haben die Abgeordneten auch nur einmal im Jahre die Gelegenheit, ihre im Laufe des Jahres angehäuften Klagen, Sorgen und Wünsche offen vorzubringen. Dieser Zustand ist nicht erfreulich und bringt nach zwei Seiten Verstimmlung. Einerseits bei den Regierungsbehörden, die sich die inzwischen zu einem Berg angesammelten Klagen und Beschwerden nun auf einmal anhören müssen und andererseits bei denjenigen Menschen, die wir hier zu vertreten haben. Freilich ist es uns nicht verboten, außerhalb der Rednertribüne des Sejm bei den in Frage kommenden Stellen vorzusprechen, was wohl auch reichlich geschehen ist. Es ist und bleibt aber ein gewaltiger Unterschied, ob wir unsere Anliegen angesichts dieses hohen Hauses oder nur unter vier Augen dem einen oder anderen der Herren Minister vorbringen. Von diesen Interventionen erfahren dann meistens auch nur diejenigen etwas, in deren Interesse sie erfolgt sind.

So haben wir noch dem verstorbenen Herrn Innenminister Pieracki — dessen Tod wir auf das tiefste bedauern, und ich brauche wohl nicht erst zu betonen, daß wir das an ihm verübte ruchlose Verbrechen auf das entschiedenste verurteilen — durch den Vorsitzenden des Deutschen Zentralausschusses, den früheren Senator Kasach,

eine große Eingabe

überreicht. Sein aufrichtiges und gerades Wesen ließ uns hoffen, daß unsere ihm in der Eingabe vorgebrachten Klagen und Wünsche ein williges Ohr finden werden. Auch von dem jetzigen Innenminister erhoffen wir eine wohlwollende Prüfung dieser Eingabe. Außer dieser Eingabe haben sich die deutschen Abgeordneten in besonderen Fällen an den Herrn Finanzminister, an den Herrn Innenminister, an den Herrn Arbeitsminister und den Herrn Ministerpräsidenten gewandt, ohne jedoch eine Antwort bisher erhalten zu haben. Diese Eingaben behandelten:

das Verhältnis der Verwaltungsbehörden zu den zur deutschen Minderheit zählenden Staatsbürgern,

die ungerechte Behandlung der Deutschen in Polen bezüglich ihrer Ansiedlung,

die Erhaltung des Besitzes der Deutschen und die Untergrabung ihrer Existenz,

die Schädigung der deutschen Interessen in den öffentlichen Selbstverwaltungsorganen,

die Massenentlassungen deutscher Arbeiter und Angestellten, die Passfrage und Grenzübertrittsangelegenheiten,

die Schulangelegenheiten u. a.

Zur Innenpolitik möchte ich kurz sagen: Das Wohl des Staates hängt von den Formen staatlicher, gesellschaftlicher und sozialer Gestaltung ab. Wir sind nicht der Ansicht, daß diese Formen in Polen zur Zufriedenheit der Staatsbürger bereits gefunden worden sind. Wir wünschen, daß die Regierung diese Formen, die einerseits der Selbsterhaltung des Staates, andererseits aber auch dem Mitbestimmungsrecht seiner Bürger gerecht werden, bald finden möge. Hierzu gehört insbesondere die zwingende

Lösung des Arbeitslosen-Problems.

Wir halten diese Frage für eine der wichtigsten, besonders für das schlesische Industriegebiet und stellen sie deshalb in den Vordergrund. Es kann wohl heute als erwiesen angesehen werden, daß alle bisher getroffenen Maßnahmen nicht hinreichend sind. Ich bin überzeugt davon, daß die Arbeitslosigkeit auch eine der größten Sorgen der Regierung ist. Wir sind aber auch überzeugt davon, daß das Arbeitslosenproblem nicht ohne Opfer aller noch in einem erträglichen Verhältnis stehenden, insbesondere aber nicht ohne Opfer der sogenannten „bestehenden“ Klasse möglich sein wird. Wir erwarten von der Regierung daher neue Maßnahmen, erwarten aber auch, daß diese allen Arbeitslosen,

ohne Unterschied der Nationalität,

zu Hilfe kommen. Der Deutsche Parlamentarische Klub erklärt sich schon heute bereit, alle Maßnahmen der Regierung zu unterstützen, die geeignet sind, in gerechter Weise das Arbeitslosenproblem im Lande wirklich zu lösen.

Wiederholt ist in diesem hohen Hause auf das immer noch bestehende

ungerechte und ungesunde Steuersystem

hingewiesen worden. Der Herr Ministerpräsident hat zwar in seiner Rundfunkrede verschiedene Steuerreformen angekündigt. Wir begreifen aber nicht, warum die Regierung immer noch zögert, eine grundsätzliche Änderung des gesamten Steuersystems durchzuführen. Wir wollen an dem heutigen Steuersystem nicht Kritik üben der Kritik wegen. Wir bringen aber unsere Überzeugung zum Ausdruck, daß eine grundsätzliche Änderung des gesamten Steuersystems mit dem Endziel gerechter Verteilung der Steuerlasten, durchzuführen ist, wenn die Regierung es nur wollte. Hiermit dürfte letzten Endes auch unserer erkrankten Wirtschaft nur gedient werden. Auch in dieser Hinsicht sind wir bereit, die Regierung zu unterstützen.

Es wäre eine Unterlassungsünde von mir, wollte ich bei dieser Gelegenheit nicht eine Angelegenheit erwähnen, von der die Regierung Kenntnis erhalten muß. Ich halte mich zur Vorbringung dieser Angelegenheit als Abgeordneter verpflichtet. In Obereschlesien bilden

Zustände im Finanzamt in Pleß

das Tagesgespräch. Ich bitte den Herrn Finanzminister im Interesse des Staates diesen Dingen einmal nachgehen zu wollen:

Der bei dem Finanzamt in Pleß als Sequester angestellt gewesene Tomasz Jamula, jetzt wohnhaft in Siemianowice, beschuldigt die in diesem Finanzamt tätigen Beamten, Ref. Borowski und Assessor Stieber, größter Verfehlungen. Er behauptet öffentlich, daß ihm wiederholt von diesen Beamten Steuerbeträge zum Einzug von Personen aufgegeben wurden, von denen sie genau wußten, daß sie ihre Steuern bereits voll bezahlt haben. Ferner habe man im Finanzamt Pleß Personen zu Steuern veranlagt, von denen man ebenso genau wußte, daß sie seit mehreren Jahren sich nicht mehr unter den Lebenden befinden und obwohl die Witwen dieser Verstorbenen für dieselbe Zeit auch noch zu Steuern veranlagt worden sind. Er beschuldigt den Ref. Borowski wiederholter schwerer Verfehlungen bei Versteigerung von Gegenständen, die für Steuerrückstände gepfändet wurden. So mußte Jamula z. B. bei einem Steuerschuldner eine Schreibmaschine pfänden, die mit 80 Zloty abgeschätzt wurde. Jamula machte Borowski darauf aufmerksam, daß die Maschine mindestens noch 150 bis 200 Zloty wert sei und sonach viel zu niedrig abgeschätzt ist. Daraufhin intereffierte sich Borowski für diese Schreibmaschine und entfaltete noch einen anderen Beamten als Bieter zu der Versteigerung. Da nur dieser eine Bieter zur angeordneten Stunde erschienen war, wollte Jamula zunächst mit der Versteigerung nicht beginnen. Borowski zwang jedoch Jamula mit der Versteigerung zu beginnen, bevor noch andere Interessenten erschienen waren. Der von Borowski entsandte Beamte erwarb auch sonach die Schreibmaschine. Jamula hat nach dieser Versteigerung das Verhalten Borowskis und noch andere Vorkommnisse im Finanzamt Pleß bemängelt, worauf er nach kurzer Zeit die Kündigung erhielt.

Den Assessor Stieber vom Finanzamt Pleß beschuldigt Jamula folgender Verfehlungen: Als Mitglied der Einschätzungskommission soll Stieber dafür gefordert haben, daß eine große Anzahl Firmen zu einem weit niedrigeren Umsatz und Einkommen eingeschätzt wurden, als sie in Wirklichkeit einzuschätzen waren. So soll u. a. eine Firma, deren Einkommen in einem Jahre 300 000 Zloty betragen haben soll, auf Veranlassung Stiebers zu einem Steuereinkommen von nur 40 000 Zloty eingeschätzt worden sein. Auch Stieber soll Versteigerungen durchgeführt haben, die ohne öffentliche Bekanntmachung erfolgten und zu welchen als Bieter bezw. Käufer nur von ihm entsandte Personen erschienen waren. In einem anderen Falle soll Stieber ein Interesse an einem bestimmten Radioapparat gehabt haben. Stieber wollte den Apparat kaufen. Der Geschäftsinhaber machte Stieber aber darauf aufmerksam, daß der Apparat nicht verkauft werden könnte, weil er bereits gepfändet sei. Hierauf soll Stieber die Pfändungsmarke heruntergerissen und den Radioapparat dennoch gekauft haben. Jamula behauptet, bereits vor 10 Monaten bei der Staatsanwaltschaft Anzeige und bei behördlichen Stellen wiederholt Meldung über diese Vorgänge im Finanzamt in Pleß erstattet zu haben, aber ohne jeden Erfolg. Ob die Behauptungen Jamulas auf Tatsachen beruhen, weiß ich nicht. Ich möchte es nicht glauben. Aber, entweder sind seine Behauptungen wahr, und dann hätten die beiden beschuldigten Finanzbeamten schon längst zur Verantwortung gezogen werden müssen, oder sie sind nicht wahr, und dann müßte Jamula im Interesse des Ansehens der Staatsbeamten, schon lange die strafende Hand getroffen haben. Wie gesagt, halte ich es für meine Pflicht, den Herrn Finanzminister auf diese Dinge aufmerksam zu machen.

Die Währungspolitik der Regierung

findet unsere volle Anerkennung. Wenn der Sturz der Währung solcher auf dem Weltmarkt bedeutender Staaten wie Amerika und England unsere eigene Währung nicht erschüttern konnte, so ist dies tatsächlich nur den geschickten Maßnahmen zu verdanken, die seitens der Regierung in dieser Hinsicht getroffen wurden. Wir hoffen zuversichtlich, daß bei einer etwa ernsten Bedrohung der polnischen Währung die Regierung alles tun wird, um ein Absinken dieser von vornherein zu unterbinden.

Die

Reform der Sozialversicherung

macht der Regierung einige Sorgen. Die Verordnung über die viel umstrittene Abänderung des Gesetzes zur Sozialversicherung ist nun veröffentlicht worden. Wir können zu dieser Abänderung im Augenblick noch keine Stellung nehmen, weil wir uns mit dem neuen Gesetz erst eingehend vertraut machen müssen. Der Deutsche Parlamentarische Klub erklärt aber schon heute, daß er einer Abänderung im für die Sozialversicherung ungünstigen Sinne niemals seine Zustimmung geben wird. Wir wollen nicht behaupten, daß das Sozialversicherungsgesetz vom 28. März 1933 ideal ist. Es ist abänderungsbedürftig. Schon allein deswegen — und hier komme ich vielleicht mit einem neuen Gedanken — weil sein System der Anferlegung der Versicherungsbeiträge auf die verschiedenen Arbeitgeber eine ungleiche Belastung dieser bedeutet. Sein Beitragssystem entspricht nicht mehr der Zeit. Jetzt ist es doch so, je mehr ein Arbeitgeber Arbeitnehmer beschäftigt, desto größer sind die Lasten im Gegensatz zu dem Arbeitgeber, der an die Stelle der menschlichen Arbeitskraft die Maschine stellt, für die keine sozialen Lasten zu tragen sind. Das gegenwärtige Beitragssystem nimmt keine Rücksicht darauf, ob der überwiegend oder nur mit der Maschine schaffende Unternehmer etwa einen größeren Gewinn erzielt als der andere. Man könnte beinahe sagen,

daß das jetzige Beitragssystem die Verdrängung des Menschen durch die Maschine belohnt.

Es wäre meiner Ansicht nach richtiger, weil gerechter, wenn die sozialen Lasten nicht allein von der Anzahl der Arbeitnehmer und ihrem Lohn, sondern je nach dem auch vom Umsatz oder Gewinn abhängig wären. Das Beitragssystem zur Sozialversicherung muß, wenn es gerecht sein soll, nunmehr auch diejenigen Betriebe erfassen, die infolge ihrer Umstellung auf den maschinellen Betrieb ganz oder teilweise von der menschlichen Arbeitskraft keinen Gebrauch machen und demnach zu Beiträgen nicht herangezogen werden. Dadurch könnte eine Entlastung der sogenannten unmodernen Betriebe und der Versicherten selbst eintreten.

Polen ist kein Industrie- sondern ein Agrarstaat.

Die größte Zahl seiner Bevölkerung gehört dem Bauernstande an. Diesem Stande geht es bei uns heute nicht viel besser, als den Arbeitslosen. Nicht zuletzt hängt das Wohl des Polnischen Staates auch von dem Wohle seines Bauern-

standes ab. Wir wundern uns daher, daß die Regierung diesem Stande immer noch so wenig Rechnung trägt und dem Bauernstande so wenig zu Hilfe kommt.

Man darf doch nicht übersehen, daß auch in Polen wie in allen anderen Agrarstaaten, gerade der Bauer Träger der Wirtschaft ist.

Gerade deshalb müßte die Regierung alles tun, um den polnischen Bauernstand zu heben.

Nicht unerwähnt möchte ich die Wirtschaftskrise lassen. Wir sehen in der Senkung der Kohlenpreise den ersten Schritt zur Besserung. Aber nur den ersten Schritt. Viele Schritte werden noch notwendig sein, um der Wirtschaftskrise wenigstens einigermaßen zu begegnen. An die Senkung der Kohlenpreise dürfte sich wohl bald oder später auch eine Preislenkung aller übrigen Industrieerzeugnisse anschließen und damit eine Belebung der Wirtschaft eintreten. Voransetzung dafür ist jedoch weiter,

daß auch das Geld billiger wird.

Heute kostet das Geld immer noch durchschnittlich 9 bis 10 um mehr Prozent Zinsen. Wenn es der Regierung nicht in absehbarer Zeit gelingen sollte, die hohen Kreditzinsen, die auch die bestgeleitete Wirtschaft ruinieren, abzuschaffen — und sei es mit Zwangsmaßnahmen — dann werden alle Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaft und damit zur Beseitigung der Wirtschaftskrise ein Stückwerk bleiben.

Die Verständigung zwischen Polen und Deutschland

hat unter den Deutschen in Polen größte Befriedigung ausgelöst. Wir begrüßen die Verständigungspolitik eben deshalb, weil es sich um unser Muttervolk handelt. Wir hoffen aufrichtig, daß die von Marshall Pilsudski und Reichskanzler Adolf Hitler so entschlußkräftig begonnene Linie in klarer, weiterer Entwicklung zu ständigen, herzlichen Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Nation führen mögen. Soweit wir dazu beitragen können, werden wir alles tun, um dieses Ziel zu fördern, das in hohem Maße geeignet ist, den Frieden Europas zu sichern. Es ist ein Beweis für die Verwirrung, die in Europa herrscht, daß Frankreich diese Politik mit Mißtrauen verfolgt. Die Republik Polen hat das Recht und die Pflicht, alles zu unternehmen, was seinem eigenen Wohle und dem Frieden dient. Je klarer diese Linie der polnischen Politik hervortritt, um so stärker wird die Stellung Polens sein.

Wir hätten gewünscht, daß Polen sich den Mächten angeschlossen, ja sie geführt hätte, die die Aufnahme Rußlands in den Völkerbund abgelehnt haben. Wir halten die Gründe, die der Sprecher der Schweiz gegen die Aufnahme Rußlands vorgebracht hat, für zwingend. Wir haben aber keinen Zweifel daran, daß die Regierung auch in Zukunft alles tun wird, um den staatszerstörenden Einfluß des Bolschewismus zu bekämpfen.

Lassen Sie mich noch einiges zur

Minderheitenfrage

sagen. Wir wollen heute nicht Beschwerden vorbringen und nicht ins Einzelne gehen, sondern uns beschränken festzustellen, daß noch recht viel zu lösen ist. Herr Minister Bede hat am 13. September in Genf erklärt, daß Polen sich jeder Zusammenarbeit mit den internationalen Instanzen verweigere soweit es sich um die Kontrolle der Anwendung des Systems des Minderheitenschutzes durch Polen handelt. Wir gehen nicht auf eine Untersuchung der rechtlichen Frage ein, ob und in wie weit diese einseitige Abgabe an den Minderheitenschutzvertrag möglich ist. Jedoch hat der Herr Außenminister gleichzeitig erklärt, daß der Beschluß der Polnischen Regierung keineswegs gegen die Interessen der Minderheiten gerichtet sei. Diese Interessen seien und blieben geschützt durch die Grundgesetze des Staates.

Wir haben immer anerkannt, daß die Staatsverfassung in den Artikeln 109 und 110 beispielhafte Lösungen der Minderheitenfrage verzeichnet. Es fehlen aber die Ausführungsgeetze und es fehlt vor allem der Geist, die ideologischen Zusicherungen der Verfassung in die Tat umzusetzen. Wir hoffen, daß dieser Geist lebendig werde. Denn

besser als jeder internationale Vertrag ist die innerstaatliche Lösung des Problems.

Möge der Herr Außenminister und die Regierung die innerstaatliche Lösung des Minderheitenproblems mit der gleichen Tatkraft verfolgen wie unsere Außenpolitik. Der Staat, der dieses Problem als erster löst, wird bahnbrechend wirken und nach innen und außen eine unerschütterliche Stellung erhalten.

Wir wollen die heutige Aussprache nicht in die Länge ziehen und beschränken uns deshalb auf diese Ausführungen. Bei den kommenden Beratungen in der Budgetkommission werden wir noch Gelegenheit haben, zu dem heute dem hohen Hause vorgelegten Haushaltsvoranschlag eingehend Stellung zu nehmen und noch manche Dinge vorzutragen, die wir eigentlich schon heute hätten vorbringen sollen.

Großer Erfolg der Arbeitspartei.

London, 7. November. Die Gemeindevahlen, die in 300 Gemeindebezirken von England und Wales stattgefunden haben, haben mit einem Siege der Labour Party geendet, wie er die künftigen Hoffnungen der Partei übersteigt.

Die Bedeutung dieser Wahlen ist zunächst moralischer Natur, indem sie der Labour Party neue Kampfkraft für die nächsten Unterhauswahlen einflößt.

Der sozialistische Wahlsieg ist besonders in den Großstädten zutage getreten. An der Spitze steht London, von dessen 28 Bezirken 15 in sozialistischen Händen sind, so daß die Arbeiterpartei hiermit die Mehrheit im Londoner Gemeinderat besitzt. In den Großstädten der Provinz hat die Labour Party sieben Sitze in Birmingham, neun in Manchester, sechs in Preston und sechs in Sheffield gewonnen. In 41 Gemeinderäten der Provinz besitzt sie die absolute Mehrheit.

Nach dem augenblicklichen Stande der Stimmzählung hat die Labour Party in London und in der Provinz 764 Gewinne und 31 Verluste zu verzeichnen, während die Konservativen 42 Sitze gewonnen und 572 verloren. Die Liberalen haben acht Sitze gewonnen und 125 verloren. Sämtliche 62 kommunistischen Kandidaten sind nicht in den Wahlgang eingetreten. Die Faschisten haben sich an den Wahlen nicht beteiligt.

Angriffe der Opposition gegen die Regierung.

Allgemeine Aussprache im polnischen Sejm.

Warschau, 8. November.

Nachdem Finanzminister Zawadzki in der Dienstag-Sitzung des Sejms den Finanzplan der Regierung für das Wirtschaftsjahr 1935/36 entwickelt hatte, setzte die General-Aussprache über den Staatshaushalt ein, an der sich die Redner der Oppositionsparteien und auch der Minderheiten beteiligten. Die Redner der großen Oppositionsgruppen (Nationale Partei, Bäuerliche Volkspartei, Christliche Demokratie und Polnische Sozialistische Partei) übten durchweg Kritik an der Innenpolitik und an den Verwaltungsmaßnahmen der Regierung.

Der Nationale Klub

hatte seinen besten Redner, den Abg. Rybarski, ins Treffen geschickt, der zunächst die Zahlen des Haushaltsvorschlages über die neuen Steuern und die veranschlagten Einnahmen aus den alten Steuern einer Kritik unterzog. Alle diese Belastungen ständen, so führte der Redner aus, in keinem Verhältnis zu der Wirtschaftskraft der Volksgemeinschaft. Rybarski vertritt den Standpunkt, daß

Die Beteiligung des Staates am Volkseinkommen

immer größer werde, die öffentlichen Lasten wüchsen auf Kosten der Volkswirtschaft, und dies werde besonders deutlich, wenn man die Vergrößerung der öffentlichen Lasten berücksichtige, die durch das Gesetz über die sozialen Versicherungen der Bevölkerung auferlegt werden. Nach Ansicht des Redners sei man mit einigen Ersparnissen zu weit gegangen, besonders, soweit es sich um die Vernachlässigung des Begebaues handle, was vom militärischen Standpunkt aus viel schlimmer als ein Fehler sei. In diesem Zusammenhange verwies der Redner auf

Die Niesenaufkretzungen im Chausseebau, die der Nachbar im Westen mache.

Rybarski erhebt den Vorwurf, daß man nicht an den Dispositionsfonds, an den Repräsentationskosten und Subventionen spare, wobei er bemerkt, es sei unlängst an das Tageslicht gekommen, daß der Verband der bürgerlichen Frauennarbeit im Jahre 1932/33 eine Subvention in Höhe von 1 680 000 Zloty erhalten habe. Weiter meint Rybarski, daß, wenn der Staat alles in seine Hand genommen habe, die Volksgemeinschaft ratlos sein müsse. Die breiten Massen des Volkes wollten nur, daß ihnen der Staat gestatte, in Frieden und unter dem Schutze des Rechts zu arbeiten, ohne auf die Hilfe des Staates viel zu rechnen, sie wollten aber nicht, daß gewisse Gruppen, Parteien oder Bekanntheitsprivilegien hätten. Der Redner bemängelte weiter, daß in Polen als illegal Vereine ehemaliger Militärpersonen aufgeführt würden, während unter dem Schutze der Behörden eine jüdische Militärorganisation

jüdische Militärorganisation

bestehe, die in den Städten Paraden abhielte. „Ich weiß nicht“, sagte Rybarski, „ob unser Staat soweit militärisch ist, daß er sogar jüdisches Militär braucht.“ (Weiterkeit auf der Rechten.)

Weiter kritisiert der Redner das Verhalten der Regierung nach der Ermordung des Innenministers Pieracki. Man habe das Nationale Lager direkt im Verdacht gehabt, dieses Attentat verübt zu haben und etwa 1500 Menschen verhaftet. Später habe man festgestellt, daß das Verbrechen von Ukrainern begangen worden sei. Im Zusammenhange damit berührte Rybarski auch die Frage der

Isolierungslager,

wobei er sagte, es gebe in verschiedenen Ländern Europas Lager, in welchen Leute festgehalten würden, die dem herrschenden Regime unbehagen seien, das Lager in Bereza Kartuska habe sein eigenartiges Merkmal. Der Ministerpräsident habe erklärt, daß in Polen das Isolierungslager ein sehr strenges Reglement haben werde, dabei werde es auch Personen gegenüber, die nur verdächtig sind, angewandt — entgegen dem Grundsatz, aus dem unsere Zivilisation emporgewachsen ist, „nulla poena sine lege“ (keine Strafe ohne Gesetz). (Stimmen auf der Linken: Schandebel!) Und den aus diesem Gefängnis entlassenen Leuten gebe ein hoher Beamter folgende Richtlinien auf den Weg: „Ihr seid frei; aber ihr dürft euch nicht politisch betätigen. Wenn ihr nur ein Wort davor erzählt, was vorging, so seid ihr auch wider hier!“ Doch alle sprechen davon, wie es dort war, und niemand sei durch diese Drohung eingeschüchtert worden. „Wir wissen“, so schloß der Redner, „was sich die breiten Bevölkerungsmassen erzählen. Diese erhöhten Repressionen gegenüber dem Nationalen Lager stehen in Verbindung mit dem

wachsenden Bewußtsein von der jüdischen Überschwemmung und ihrer Gefahr.

Sie, meine Herren, wenden solche Methoden an, doch eine es heute sicher, daß eure Regierung die Seelen in Polen nicht erobern wird.“ (Beifall auf der Rechten.)

Der nächste Redner, Abg. Rog, der im Namen der

Bäuerlichen Volkspartei

spricht, beschäftigt sich eingehend mit der Notlage des kleinen Landwirts. Er betonte, er sehe im Haushalt keine genügende Fürsorge für den „kleinen Mann“ überhaupt und im besonderen für die Not des kleinen Landwirts. Trotz der bekannten Rede des ehemaligen Ministerpräsidenten Pryzior sei die Zahl der Vereine und Organisationen, welche die Hand nach öffentlichen Geldern ausstreckten, nicht geringer geworden, ja, einige von ihnen erhielten Subventionen, die sogar in die Millionen gingen. Auf dem Lande hätten die Ratschläge des Herrn Pryzior,

Speichellecker, Erpreßer und Schmeichler mit dem Stoch davonzujagen,

sehr gefallen; doch leider habe man diese Ratschläge nicht befolgt, und dagegen dürfe man nicht einmal protestieren. Der Redner wunderte sich darüber, daß Herr Pryzior für diese Rede halten konnte. (Zuruf des Abg. St. Grodzki: „Nicht ganz; denn er wurde nicht Ministerpräsident.“) Die Abschnitte der Rede des Ministerpräsidenten Rogozowski über die Hilfe für die kleinen Landwirte hätte der Klub des Redners befriedigt unterschreiben. Er ist zu, daß die Verordnungen über die Entschuldung der

Landwirtschaft den kleinen Landwirten gewisse Erleichterungen bringen. Er kritisiert aber ihren Rahmencharakter, der den Behörden ein Feld zur Willkür einräume. Die Ausführungsbestimmungen müßten diesen Fehler wieder gut machen. Die Entschuldung sei nur einer der Faktoren zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaften und zur Verringerung der Preisspanne. Die Regierung müßte daher nach Ansicht des Redners einen größeren Druck auf die Industrie ausüben und zur Herabsetzung der Preise von dem Kartellgesetz Gebrauch machen. Nicht minder wichtig wie die materiellen Fragen sei die

Behandlung der Staatsbürger.

„Die Bauern wünschen, daß nicht die Willkür des Beamten, sondern das klare Gesetz regiere. Bei den Wahlen zu den Gromada-Behörden war der Wille des Starosten entscheidend. In dieser Beziehung ist der Wahlsieg des Blocks problematisch. Am traurigsten ist die Frage der Hemmung der Entwicklung des Bildungswesens. Den Bauernsöhnen wird der Zutritt zu den Hochschulen, ja sogar zu den Mittelschulen erschwert. Hier sind die hohen Gebühren die Barriere. Schulen werden nicht gebaut, dagegen wird die Errichtung von Schankstätten erleichtert. Auch Gefängnisse werden errichtet.“

Die Zahl der Gefängnisse hat 52 000 überschritten.

Die Volksparteiler waren bis jetzt in Bereza Kartuska nicht isoliert. Dort waren vorwiegend junge Nationalradikale, mit denen wir keine Verbindung haben. Trotzdem müssen wir gegen die krasse Vergewaltigung der Verfassung durch die Errichtung des Isolierungslagers Protest einlegen. Diese Methoden werden nicht zur Besserung der Verhältnisse in Polen führen. Wenn es Schuldige gibt, so sollte man sie vor Gericht stellen, aber nicht in Lager einsperren. Es hat bereits aufgehört, Eindruck zu machen, wenn man unnötiger Weise mit dem Vorwurf der Antistaatlichkeit operiert.

Der Redner stellt mit Dankbarkeit die opferwillige

Retungssaktion für die Überschwemmten

durch Soldaten und durch die Volksgemeinschaft fest, er fordert jedoch eine breitere Hilfsaktion von Seiten des Staates. Bei der Gewährung von Beihilfen sind verschiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die Starosten haben manchmal die Hilfe davon abhängig gemacht, daß die Hilfesuchenden sich in den Regierungsblock eintrugen. (Abg. Dlugoski: „Das ist nicht wahr, das ist eine Lüge!“ — Minister Kosciakowski: „Ich bitte um die Namen dieser Starosten.“) — Abg. Rog: „Die Starosten werden in unserer Interpellation genannt werden.“

„Gewisse Tatsachen“, so fuhr der Redner fort, „wie die Verurteilung von zwei ehemaligen Volksparteilern in die Regierung, die Amnestie, die Umgehung der Volksparteiler bei der Verabschiedung in das Konzentrationslager haben das Thema zu Gerüchten gegeben, als ob all dies das Ergebnis irgendwelcher Vereinbarungen und Abkommen sei. Ich erkläre, daß dem nicht so ist. Schon in den vorigen Nach-Mai-Regierungen waren die Volksparteiler vertreten, waren die Mitglieder der Wywolenie-Partei Bartel und Michajewski. Minister Kosciakowski ist aus der Wywolenie im Jahre 1925 ausgetreten und Minister Poniatowski etwas später. In diesen Resorts werden die Volksparteiler keine Einflüsse haben.“

Zum Schluß ging Abg. Rog zu

Fragen der Außenpolitik

über und meinte, daß der Schritt des Ministers Bed bezüglich des Minderheiten-Traktats richtig gewesen sei. Wichtig seien auch die Bemühungen um gute Beziehungen mit allen Nachbarn. Dagegen beunruhige ihn, den Redner, der gegenwärtige Stand der Beziehungen mit Frankreich, um so mehr, als das Bündnis mit Frankreich der Grundstein der polnischen Außenpolitik sei. (Beifall. Stimmen: Sehr richtig!) Zum Schluß gibt der Redner noch dem Wunsch Ausdruck, die Beziehungen mit Rumänien und der Tschechoslowakei zu bessern. Er bedauert, daß der Sejm über die polnische Außenpolitik nicht informiert werde, und daß das Volk auf sie keinen Einfluß habe.

PPS.

Hierauf sprach im Namen des Klubs der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) Abg. Zulawski, der hervorhob, daß die Bevölkerung das verflossene Budgetjahr wie den schlimmsten Alpdruck empfunden habe. Die Not, die Arbeitslosigkeit und die Defizite seien größer geworden. Herr Slawek habe in seiner Rede die Ursache der Krisis darin erblickt, daß die Menschen auf die Einhaltung der Versprechungen warteten, die ihnen von der Partei gegeben worden seien. Doch wenn es sich um Versprechungen handle, so habe damit am meisten der Regierungsklub um sich geworfen. Die Ursache der Krise liege tiefer und weiter die Analyse des Herrn Slawek, noch die Ankündigungen des Minister Kosciakowski würden sie beseitigen. Der Redner erhebt den Vorwurf, daß man gegenüber Arbeitern, die offen ihre Ideen predigen, Repressalien anwende. Die bisherige Tätigkeit der Demokratisierung, des Menschenanges habe dazu geführt, daß dieser Stand der Rechtswidrigkeit in dieser Kammer, bei den Behörden, ja sogar beim Militär Eingang gefunden habe, was bisher nicht der Fall gewesen sei. (Zuruf: „Wir greifen jetzt die Spitzhaken, ihr habt sie geduldet!“) Abg. Zulawski greift sodann Herrn Pryzior deswegen an, daß er Regierungskommissare zur Beseitigung der Arbeitsverwaltungen in den Versicherungen eingeführt habe, und wirft ihm Claqueurwirtschaft vor.

„Ich weiß nicht“, so fuhr der Redner fort, „ob es wahr ist, aber es sind Gerüchte darüber im Umlauf, und ich glaube, daß es im Interesse des Staates liegt, die Sache zu klären, ob derjenige, der die Nationalanleihe durchgeführt hat, eine Entschädigung von 100 000 Zloty erhalten hat. Einer Klärung bedarf auch die Frage der Verlegung des Schulbücher-Verlages von Lemberg nach Warschau und zwar aus dem Grunde, um für einen Mann eine Stellung zu schaffen, der erklärt hatte, daß er nach Lemberg nicht gehen werde. Wenn wir diesen Sachverhalt an den Pranger stellen, so werden wir einer Gegenaktion der Zensur begegnen. Einst hat Marschall Pilsudski erklärt, es werde in Polen solange keine Freiheit geben, bis aus

dem Wörterbuch der polnischen Sprache das Wort „Zensur“ nicht verschwindet. Indessen ist der Zensur die herausragendste Persönlichkeit geworden, und ihm folgen wie ein Gespenst der Provokateur und der Spitzel. Auf die Frage des Isolierungslagers in Bereza Kartuska übergehend, sagte er, daß jemand, der ein Vergehen begangen hat, nach dem Strafgesetz bestraft werden soll; man darf ihn aber nicht physisch quälen. Heute, die nichts Böses begangen haben und gegen die nur ein Verdacht besteht, können nicht ohne Gericht, ohne Urteil für unbestimmte Zeit abgeurteilt und Torturen ausgesetzt werden. An der Spitze dieses Lagers steht Kofek-Wiernecki, der sich als rücksichtsloser und grausamer Mensch einen Namen gemacht hat. Er ist das Symbol der Regierungen der Sanierung geworden.“

Weiter berührt der sozialdemokratische Abg. Zulawski Probleme der Außenpolitik und will, in dem Umstande, daß der Außenminister kein Exposé gehalten habe, eine Art Flucht vor der Verantwortung erblicken. In der Außenpolitik geschehen Dinge, die niemand von uns begreift.

Wir sehen eine Abkühlung der Beziehungen mit Frankreich und eine Kampagne gegen die Tschechoslowakei, gleichzeitig aber eine Festigung der Freundschaft mit Hitler.

Zulawski erklärt, er wolle nicht auf die meritorische Frage des Minderheitentraktats eingehen. Er begreife aber nicht, wie Minister Bed in Genuß bei dieser Gelegenheit das Traktat unterheben konnte, auf das sich die Existenz Polens stützt. Zum Schluß seiner Rede greift Abg. Zulawski das Lager der Regionäre an, was einen großen Lärm und Protestruß auf den Bänken des Regierungsklubs auslöst. „Sie, meine Herren“, sagte er, „berufen sich auf ihre Verdienste in den Jahren 1905 und 1914, doch wie viele von Ihnen haben an jenen Kämpfen teilgenommen? Sogar diejenigen, die damals mitgemacht haben, wie Slawek, Pryzior und sogar Malinowski können kaum von sich behaupten, daß sie opferwillig ihr Blut vergossen hätten. Diejenigen, die während des Krieges in die Etappe gingen, um ihr teures Leben zu schützen, nehmen jetzt leichten Stellen ein. (Großer Lärm, Stimmen: Flüge, Verleumdung!) Ich halte es für eine große Ironie des Schicksals, daß ein Mann, der Regionäre, die in Österreich wegen Hochverrats angeklagt waren, verteidigt hat, heute verurteilt ist und die Amnestie nicht genießen kann, während der Mann, der zu Gericht saß und die Mission der Aburteilung dieser Regionäre hatte, jetzt ein Verrückter ist. Großer Lärm auf den Bänken des Regierungsklubs. — Abg. Klejczewski: Ich war damals Angeklagter, als Sie im österreichischen Heere dienten und das österreichische Vaterland verteidigten. Abg. Zulawski: „Das war General Krzeminski.“ — Abg. Klejczewski: Sein Verdienst ist es, daß die damaligen Angeklagten leben und ich auch. Abg. Zulawski: Ich sagte nur, daß er die Mission der Aburteilung übernommen hatte.“ Abg. Klejczewski: „Sie sind ein Schurke!“ Der Sejmarschall ruft den Abg. Klejczewski zur Ordnung und wendet sich an den Abg. Zulawski, sich kurz zu fassen.)

Abg. Zulawski (fortfahrend): Ich komme zum Schluß. (Zuruf: Gott sei Dank!) Wenn man darauf blickt, was geschehen ist, so werdet Ihr sehen, daß Ihr die Freiheit vernichtet, die Gesetze gebrochen, den Volkswillen gefälscht habt. Und die Volksgemeinschaft muß verstehen, was an der Spitze des Staates eine Partei ohne Konsequenzen, ohne Verantwortlichkeit, eine staatsfeindliche Partei steht.

Minister Zawadzki berichtet.

Als Abg. Zulawski geendet hatte, gab Finanzminister Zawadzki folgende Erklärung ab: „Vor einem Augenblick wurde hier mit dem nicht präzipierten Gericht operiert, als ob der Leiter der Aktion der Nationalen Anleihe eine Remuneration von 100 000 Zloty erhalten hätte. Ich stelle fest, daß dies eine absolute Unwahrheit ist. Vize-minister Starzynski, der diese Aktion geleitet hat, hat auch nicht einen Groschen Entschädigung erhalten.“

Der Sejmarschall ordnete hierauf eine Mittagspause an, nach der die Generalaussprache fortgesetzt wurde. Über den weiteren Verlauf der Sitzung bringen wir einen Bericht in der nächsten Ausgabe der Zeitung.

*

Interpellation über Bereza Kartuska.

In der Dienstagssitzung des Sejms brachte der Nationale Klub in der Frage der im Isolierungslager in Bereza Kartuska herrschenden Verhältnisse eine an den Ministerpräsidenten gerichtete Interpellation ein, in der behauptet wird, daß die Verordnung des Präsidenten vom 16. Juni über die Isolierungslager mit den Artikeln 95, 97 und 98 der Verfassung im Widerspruch stehe.

In dem Antrage heißt es, daß, wenn man einem Bürger das zuständige Gericht nicht vorenthalten darf, man dann dieses Recht der Person nicht vorenthalten kann, die kein Verbrecher ist. Auf Grund der Art. 26 und 27 der Strafprozessordnung ist vor allem das Gericht zuständig, in dessen Bezirk das Verbrechen begangen wurde, und wenn sich der Ort der Begehung des Verbrechens nicht feststellen läßt, das Gericht, in dessen Bezirk das Verbrechen ans Tageslicht gekommen ist, wo die verdächtige Person ergriffen wurde, oder die verdächtige Person wohnt. Kein Gesetz sieht eine Zuständigkeit des Gerichts vor, in dessen Bezirk sich die Straf-anstalt befindet.

Die Antragsteller erklären weiter, daß die Bestimmung des Art. 2 der Verordnung über die Unzulässigkeit der Berufung auf den Beschluß des Richters über die Zwangs-isolierung mit dem Art. 97 der Verfassung nicht in Einklang gebracht werden kann. Schließlich fordert der Antrag die Aufhebung der Verordnung des Präsidenten der Republik über die Isolierungslager.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Polens Finanzlage.

Finanzminister Zawadzki über den Staatshaushalt.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichtskorrespondenten.)

Warschau, 8. November. Die diesjährige Staatshaushaltskommission des Sejm wurde am Dienstag mit einer einstündigen Rede des Finanzministers Zawadzki eingeleitet, der zu den einzelnen Positionen des Staatshaushalts Stellung nahm und die Realität des Regierungsentwurfs zu begründen versuchte.

Der Minister begann seine Darlegungen mit der Feststellung, daß die Einnahmen des Staates im Verhältnis zum verstrichenen Jahre keine Verminderung erfahren haben. Insbesondere haben die direkten und indirekten Steuern in der Zeit vom 1. Dezember vorigen Jahres bis zum 31. Oktober d. J. mehr ergeben, als im verfloßenen Wirtschaftsjahre. Die Stempelgebühren haben einen geringeren Betrag ergeben; dies ist den bedeutenden Erleichterungen zuzuschreiben, die im letzten Jahre bei der Erbschaftsteuer gewährt wurden.

Eine Besserung macht sich nicht nur auf dem Gebiet der Staatseinnahmen fühlbar. Der Index der industriellen Erzeugung ist von 58,8 im September v. J. auf 62,9 im September d. J. gestiegen, der durchschnittlich vom Produzenten erzielte Roggenpreis, welcher im August und September v. J. 13 Hloty betragen hatte, ist im laufenden Jahre bis über 14 Hloty angestiegen, die Eisenbahnfrachten halten sich, trotz bedeutender Tarifsenkungen auf einem leicht verminderten Niveau, der Beschäftigungsstand hat sich erhöht, und auf dem finanziellen Markte ist eine sichtliche Besserung zu verzeichnen.

Auch in der internationalen Lage ist eine starke Tendenz zur Stabilisierung festzustellen. Das letzte Jahr ist durch ein gewisses Ansteigen der Produktion (mit Ausnahme der Landwirtschaft, die eine kleine Verminderung der Produktion aufweist), der Beschäftigung, des Außenhandels charakterisiert; die Preise schwanken zwar, doch sind die Ausmaße dieser Schwankungen geringer als in den verfloßenen Jahren. Schließlich liefert die Kredit- und Banksituation, die eine völlige Entspannung noch nicht erfahren hat, immerhin Beweise einer unabweisbaren Gesundung.

Was die Lage Polens anbelangt, führte der Finanzminister weiter aus — erscheint es wahrscheinlich,

daß das wirtschaftliche Niveau sich in den nächsten Jahren, allerdings ziemlich langsam und allmählich, erhöhen werde.

Auf eine rasche Wiederkehr der günstigen Konjunktur kann schwerlich gerechnet werden. Aus dieser Feststellung ergeben sich wichtige Schlüsse bezüglich unserer Budgetpolitik.

„Das“ wichtigste Problem unserer Budgetpolitik ist natürlich

die Frage des Defizits.

das wir in den Budgets der letzten Jahre sehen. Unsere Regierung stand vom Anfang der Krise an auf dem Standpunkte, daß das Defizit beseitigt werden müsse; dieser Standpunkt wurde mehrere Male von den aufeinander folgenden Ministerpräsidenten und Finanzministern unterstrichen. Es wurde nicht allein davon gesprochen, sondern sehr entschieden in dieser Richtung gehandelt: die Staatsausgaben wurden von 2.993 Millionen im Jahre 1930/31 auf etwa 2.150 Millionen Hloty im laufenden Jahre, d. h. beinahe um 850 Millionen Hloty, d. h. um über 28 Prozent gekürzt.

„Bitte zu bedenken, was für eine Riesenanstrengung nötig war, um diese Ersparnisse ohne Gefährdung der Verteilungskraft des Staates und der Grundlagen der inneren Ordnung und bei vollständiger Erfüllung aller anerkannten Verpflichtungen zu erzielen. Diese Anstrengung, welche fortdauert (denn es ist nicht wahr, daß der Erfolg der Nationalanleihe die Sparten der Einnahmen vermindert hätte) konnte nicht auf einmal gemacht werden: um das Defizit in der Periode der schrumpfenden Einnahmen gründlich zu beseitigen, müßte man die Ausgaben nicht nur um die Summe des in Erscheinung getretenen Defizits, sondern auch um die mutmaßliche Verminderung der Einnahmen der folgenden Jahre kürzen; alle wissen jedoch, daß die einmalige Verminderung der Ausgaben um etwa eine Milliarde unbrauchbar war.

„Ich stelle fest, — fuhr der Finanzminister fort — daß die Regierung ebenso entschieden wie vorher auf dem Standpunkte der gänzlichen Beseitigung des Defizits steht und sich insofern in einer besseren Lage als in den verfloßenen Jahren befindet, daß eines der Elemente des Defizits:

der Rückgang der Einnahmen als beendet betrachtet werden kann.

Trotzdem sind wir der Meinung, daß eine weitere Verabfolgung der Ausgaben bis zu dem Augenblick nötig sein wird, da sie (die Ausgaben) dem Niveau der steigenden Einnahmen angeglichen sein werden; daß wir auf diese Weise logisch die Anstrengung der Erhaltung bzw. der Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts zu Ende führen werden, eine Anstrengung, die nicht nur eine Tugend aus Not, sondern die systematische Durchführung eines durchdachten Planes war.“

„Die Durchführung des Budgets für das laufende Jahr — sagte weiter der Finanzminister — entspricht auf genaueste der gewählten Richtlinie. Ich werde mir erlauben, die provisorischen Ergebnisse dieser Durchführung für sieben Monate kurz zu analysieren, was mir helfen wird, eine Reihe von Mißverständnissen und Fehlschlüssen, denen ich in der Presse begegnet bin, zu beseitigen. Die Einnahmen für sieben Monate betrugen 1.046.800.000 Hloty (ohne Nationalanleihe): das bildet 53,4 Prozent des Voranschlags. Im vergangenen Jahre bildeten die Einnahmen für sieben Monate 56 Prozent der ganzjährigen Durchführung. Wenn man annimmt, daß dasselbe Verhältnis gewahrt sein wird, so können wir damit rechnen, daß wir im Laufe des Jahres 95 Prozent der veranschlagten Einnahmen erzielen werden.

Der Fehlbetrag entfällt hauptsächlich auf die Zölle, teilweise infolge des Rückganges der Zolleingänge, doch vor allem infolge des Anwachsenden der Rückerstattung der Zölle, die schon in den Zusammenstellungen in Abzug gebracht sind. (Diese Rückerstattungen betragen für ein Halbjahr die Rekordsumme von 31 Millionen Hloty). Von den Stempelgebühren war schon die Rede. Verlangt haben bisher wenigstens, die Einnahmen der Monopolen auf dem vorjährigen Niveau. Andere Einnahmequellen weisen eine steigende Tendenz auf.

„Die Ausgaben für sieben Monate betrugen 1.211.800.000 Hloty gegenüber 1.205.600.000 Hloty im vergangenen Jahre. Aber in diesen Ausgaben sind 29,4 unvermeidliche Millionen enthalten, welche im vergangenen Jahre im Laufe von sieben Monaten nicht durchgeführt und auf das zweite Halbjahr übertragen wurden. Tatsächlich weist also die Durchführung des Budgets für diese sieben Monate eine Verminderung der Ausgaben wenigstens um 23 Millionen auf. Wenn dieses Verhältnis gewahrt werden sollte, so würde dies mindestens 36 Millionen Hloty im Jahresverhältnis betragen, das tatsächliche Verhältnis wird aber noch günstiger sein.“

Über die Budgetsituation der nächsten Jahre, wie sie sich im Lichte obiger Daten darstellt, führte der Finanzminister aus:

„In welchem Grade können die Budgeteinnahmen gesteigert werden? Eine gewisse Steigerung ist sehr wahrscheinlich, weil die Situation sich nicht verschlimmert, sondern vielmehr besser wird. Unabweisbar aber kann der Anstieg nicht groß sein. Gehen wir die verschiedenen Quellen unserer Einnahmen durch.

„Bei den

Steuern

kann man ein Ansteigen der Einnahmen zunächst dank der natürlichen Entwicklung der Verhältnisse erwarten. Doch sogar im Falle der Besserung der Lage wird unsere Steuerstruktur diesen Anstieg in ziemlich bescheidenen Grenzen halten; die Grund- und Immobiliensteuer und die Vermögensabgabe sind ziemlich steif, die Einkommensteuer hat zur Grundlage das Einkommen des vergangenen Jahres, in der Gewerbesteuer ist die Steigerung der Umsätze durch die Senkung der Sätze kompensiert. Eher ist darauf zu bauen, daß die bessere wirtschaftliche Situation eine leichtere Eintreibung direkter Steuern bewirken werde.

„Andere direkte und alle indirekten Steuern werden unabweisbar auf die Änderung der Konjunktur kräftiger reagieren, doch in der Gesamtheit unseres Budgets spielen sie im Vergleich mit den vorher genannten eine zweitrangige Rolle. Alles dies zusammen kann einen Mehrbetrag von höchstens einigen zehn Millionen im künftigen Jahre darstellen.

Die Steuereinnahmen könnten auch vergrößert werden durch die

Einführung neuer oder die Erhöhung der bestehenden Steuern.

Diese Möglichkeit wurde bei der Abfassung des Voranschlags in Betracht gezogen. Die Regierung plant, sogar schon vom 1. Januar 1935 an, eine zusätzliche Steuer von Ruder, eine Erhöhung des 10-Prozent-Zuschlags zu den direkten Steuern und schließlich einige kleinere Steuertitel. Insgesamt können alle diese Projekte, die Schulabgabe nicht ausgenommen, die einem speziellen Fonds zuteilt, etwa 40 Millionen einbringen.

„Die Erhöhung der Einnahmen wird schließlich durch

eine Steuerreform

möglich werden, welche in Bearbeitung ist und die, wie der Finanzminister hofft, noch während der laufenden Session dem Sejm vorgelegt werden wird.

„Die zweite große Quelle der Staatseinnahmen

die Monopole,

ist im Laufe der letzten Jahre sehr sorgfältig ausgebeutet worden. Ersparnisse, die Reorganisation und die Liquidierung der Vorräte gestatteten es, bedeutende Einzahlungen in den Staatskassaz zu machen, trotz des Rückganges der Umsätze. Der Verkauf der Monopolartikel ist vom Jahre 1929/30 an um 560 Millionen gestiegen, während die Einzahlung nur um 260 Millionen gestiegen ist. Sofern eine Besserung der Situation eintritt, wird der Verbrauch der Monopolartikel unzweifelhaft steigen, aber dann werden neue Investitionen sich als unentbehrlich erweisen. Die Frage der Steigerung der Monopoleinnahmen gestaltet sich verwickelt infolge der veränderlichen Erfordernisse des Marktes und der Gesamtgestaltung des Verkaufssystems. Der Finanzminister erklärte an dieser Stelle seiner Rede, daß die Gerüchte, als ob Änderungen beabsichtigt wären, welche den Invaliden ihre jetzigen Berechtigungen auf diesem Gebiete entzögen, grundlos seien.

„Die dritte eventuelle Einnahmequelle,

die staatlichen Unternehmungen,

die übrigens niemals eine große Rolle im Budget gespielt hatten, sind in den letzten Budgets nicht in Betracht gezogen worden. Die Unternehmungen befinden sich im Zusammenhange mit gewissen staatlichen oder allgemeinswirtschaftlichen Bedürfnissen, daher wäre es nicht verwunderlich, wenn sie ständig bedeutend niedrigere Einkünfte als der durchschnittliche Gewinn ausmacht, ergeben würden. Doch sogar im Vergleich mit privaten Unternehmen, sehen sie nicht so schlecht aus, als es die Kritiker behaupten.

„Im Endergebnis kann man auf eine Erhöhung der Einnahmen um etwa 50—100 Millionen im künftigen Jahre und um weitere 50 Millionen im Jahre 1936/37 rechnen. Da das diesjährige Defizit etwa 250 Millionen ausmachen wird, so könnte man, wenn die Ausgaben unverändert blieben, mit einer Angleichung des Budgets im besten Falle erst nach drei Jahren oder sogar später rechnen.“

Die polnischen Getreideausfuhrprämien. Am 30. Oktober ist die Verordnung des polnischen Finanzministers in Kraft getreten, die die Prämienzahlung bei der Getreideausfuhr regelt. Es werden bei der Ausfuhr von in Polen erzeugten handelsfähigem Getreide, Mühlenprodukten, und Malz als Zollrückerstattung für aus dem Auslande bezogene und zur Erzeugung der Ausfuhrartikel verwendete Hilfsmittel, Geräte und Maschinen nachstehende Beträge zuerkannt: für Weizen, Roggen, Gerste oder Gerste 6 Hloty je 100 Kilogramm, für Vollmehl ohne Kleiegehalt 10 Hloty, für andere Mehlforten 8 Hloty, für Gerstengraupen 12 Hloty, Haferflocken und Hafergrütze 9 Hloty und für Malz 3 Hloty je 100 Kilogramm.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 8. November auf 5,9244 Hloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polki beträgt 5%, der Lombardatz 6%.

Der Hloty am 7. November. Danzig: Ueberweisung 57,83 bis 57,94, bar 57,83—57,95. Berlin: Ueberweisung ar. Scheine —, bis —, Brau: Ueberweisung 454,75, Wien: Ueberweisung —, Paris: Ueberweisung —, Zürich: Ueberweisung 57,90, Mailand: Ueberweisung —, London: Ueberweisung 26,50, Kopenhagen: Ueberweisung 85,15, Stockholm: Ueberweisung 74,00, Oslo: Ueberweisung —.

Warschauer Börse vom 7. Novbr. Umloz, Verkauf — Kauf. Belgien 123,87, 124,18 — 123,56, Belgrad —, Berlin 213,25, 214,25 — 212,25, Budapest —, Butarek —, Danzig 172,82, 173,25 — 172,39, Spanien —, Holland 358,40, 359,30 — 357,50, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 118,50, 119,10 — 117,90, London 26,55, 26,68 — 26,42, New York 5,30%, 5,33% — 5,27%, Oslo 133,30, 133,95 — 132,65, Paris 34,90%, 34,99 — 34,82, Prag 22,13, 22,18 — 22,08, Riga —, Sofia —, Stockholm 136,35, 137,50 — 136,20, Schweiz 172,54, 172,97 — 172,11, Tallin —, Wien —, Italien 45,36, 45,48 — 45,24.

Berlin, 7. November. Amtl. Devisenkurs New York 2,490—2,494, London 12,45—12,48, Holland 168,26—168,60, Norwegen 62,55 bis 62,67, Schweden 64,20—64,32, Belgien 58,17—58,29, Italien 21,30 bis 21,34, Frankreich 16,38—16,42, Schweiz 80,96—81,12, Prag 10,375 bis 10,395, Wien 48,95—49,05, Danzig 81,12—81,23, Warschau 46,97—47,07.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 5,26 Hloty, do. kleine 5,25 Hloty, Kanada 5,28 Hloty, 1 Pf. Sterling 26,35 Hloty, 100 Schweizer Franken 172,03 Hloty, 100 franz. Franken 34,80%, 100 deutsche Reichsmark nur in Gold 212,34 Hloty, 100 Danziger Gulden 172,31 Hloty, 100 holländ. Kronen —, 100 österr. Schilling 98,00 Hloty, holländischer Gulden 357,35 Hloty, Belgisch Belgas 123,51 Hloty, ital. Lire 45,21 Hloty.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 8. November. Die Preise lauten Parität Bromberg Waagonladungen für 100 Rilo in Hloty: Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 f. h.), Weizen 737,5 g/l. (125,2 f. h.), Braugerste 707 g/l. (120,1 f. h.), Einheitsgerste 685 g/l. (116,2 f. h.), Sammelgerste 661 g/l. (112 f. h.), Hafer 468,5 g/l. (78,1 f. h.).

Transaktionspreise: Roggen — to —, blaue Lupinen — to —, — to —, Braugerste — to —, — to —, Einheitsgerste — to —, — to —, Vitoriaerbsen — to —, — to —, Seifelsart. — to —, Sonnenblumentuchen — to —. Weizen — to —, Roggenmehl — to —, Weizenkleie, gr. — to —, Hafer 65 to 15,20—16,00.

Richtpreise:

Roggen 15,50—15,75, Standardweizen 16,00—16,50, a) Braugerste 20,75—21,25, b) Einheitsgerste 18,00—18,50, c) Sammelgerste 16,75—17,25, Hafer 15,50—16,00, Roggenmehl I A 0-55%, 21,50—22,50, II B 0-65%, 20,00—21,50, II 55-70%, 15,50—16,50, Roggenmehl I A 0-95%, 17,00—17,50, nachmehlunt. 70%, 13,50—14,50, Weizenmehl I A 0-20%, 29,75—31,75, I B 0-45%, 27,00—28,00, I C 0-55%, 26,00—27,00, I D 0-60%, 25,00—26,00, I E 0-65%, 24,00—25,00, IIA 20-55%, 22,00—23,50, IIB 20-65%, 21,50—23,00, IIC 45-55%, —, IID 45-65%, 21,00—21,50, IIE 55-60%, —, IIF 55-65%, 16,50—17,00, IIG 60-65%, —, IIIA 65-70%, 14,50—15,50, Weizenmehl IIB 70-75%, 12,00—12,50, Weizenmehl nachmehl 0-95%, 17,50—18,50.

Polens Kohlenindustrie im Oktober.

Warschau, 6. November. (St.-Expres.) Im Oktober ist der Absatz von Kohle gegenüber dem September geringer gewesen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die angekündigte Kohlenpreiserhöhung die Abnehmer von größeren Käufen abhielt. Man erwartet jedoch, daß dafür der Verkauf im November entsprechende Aufträge sein wird. Während die Kohlengruben nur geringe Vorräte für Kohle erhielten, ist der Absatz von Koks, und zwar sowohl Sinterkoks wie auch Feuerungskoks, beträchtlich gestiegen. Trotz einer gewissen jahreszeitlichen Belebung ist in diesem Jahre in Österreich kein größerer Bedarf festzustellen gewesen. Die Nachfrage hierfür ist sowohl die warme Witterung, wie auch die großen Vorräte in den Lagern, die im Gegensatz zu früheren Jahren diesmal nicht geräumt wurden. In der Tschechoslowakei konnte im Oktober auch keine Steigerung des Absatzes polnischer Kohle erzielt werden. Eine nicht unwesentliche Rolle spielt hierbei das Kontingent aus Deutschland, das sehr hoch ist. Da Deutschland überfließen noch Reste der Kontingente aus den Vormonaten zu vergeben hatte, so war das Angebot größer als die Nachfrage.

Die Ausfuhr von Kohle auf dem Landwege nach der Schweiz, Italien und Rumänien blieb gegenüber dem Vormonat unverändert. Auch in der Ausfuhr nach den skandinavischen Ländern ist keine wesentliche Änderung zu verzeichnen gewesen. Dagegen ist die Ausfuhr nach Finnland gestiegen, wo man die Vorräte vor Beginn des Winters auffüllte. Auch die Ausfuhr nach Irland ist größer geworden, ebenso war die schwedische Kohle nach Italien und Belgien recht namhaft. Im Oktober wurden auch bestimmte Mengen nach Afrika und nach den Mittelmeerhäfen verschifft.

Kompensationsabteilung bei der Deutschen Handelskammer für Polen.

Wir erhalten folgende Mitteilung:

Das deutsch-polnische Kompensationsabkommen, das für jedes der beteiligten Länder Ausfuhr im Betrage von 22 Millionen Hloty vorsieht, erlöst sich wertmäßig nur auf einen kleinen Teil des deutsch-polnischen Warenverkehrs. Die Zahl der von dem Abkommen erfaßten Artikel ist ebenfalls begrenzt. In Zukunft werden daher voraussichtlich die privaten Kompensationsgeschäfte im polnisch-deutschen Warenverkehr nach wie vor eine erhebliche Rolle spielen. Die Deutsche Handelskammer für Polen hat bei ihrer Geschäftsstelle in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 11, eine Kompensationsabteilung eingerichtet, die sich in Zusammenarbeit mit entsprechenden polnischen Stellen mit der Vermittlung und Abwicklung von Kompensationsgeschäften befaßt. Interessenten können sich unmittelbar oder über den Beauftragten der Kammer in Warschau, Herrn Arno Kindler, ul. Bogda 12, m. 10, dort hin wenden.

Polnisch-transatlantische Schiffsahrtsgesellschaft von Gdingen nach Warschau verlegt. In Warschau fand die feierliche Einweihung des neuen Zentralfürsors der polnischen transatlantischen Schiffsahrtsgesellschaft, der Gdingen—Amerikanische, statt, das jetzt von Gdingen nach Warschau verlegt wurde. In Gdingen bleibt nur eine Agentur der Gesellschaft. Die Gesellschaft hat in letzter Zeit neue Schiffsarten in Auftrag gegeben. Zwei größere Schiffe werden bereits im nächsten Jahre auf der Linie Gdingen—Amerika in den Dienst gestellt werden.

Amerikanische Baumwolle für polnische Textilwaren. Nachdem erst vor kurzem ein amerikanischer Finanzmann in Lodz gewirkt hat, um wegen der Finanzierung der Ausfuhr polnischer Exporte nach den Vereinigten Staaten mit den beteiligten polnischen Stellen zu verhandeln, ist jetzt die Ankunft eines Vertreters der amerikanischen Firma „American World Trader“ angekündigt, der wegen der Lieferung von amerikanischer Baumwolle für die polnische Industrie gegen Lodz Textilwaren, die nach Amerika ausgeführt werden sollen, verhandeln wird. In Lodz wird Wirtschaftsfreien rechnet man auf ein günstiges Ergebnis dieser Verhandlungen.

Allgemeine Tendenz: ruhig. Roggen abwartend, Weizen stetiger, Gerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen 400 to, Speiselartoffel 30 to, Hafer 177 to, Weizen 165 to, Fabrikartoffel 30 to, Reinfuchen 10 to, Mählgerste — to, Saattartoffel — to, Beluchfen 10 to, a) Braugerste 95 to, blauer Mohr — to, Rapstuchen 10 to, b) Einheitsgerste 99 to, weißer Mohr — to, Rüben 10 to, c) Sammelgerste 49 to, Futtererbsen — to, Gemengae 10 to, Roggenmehl 81 to, Neheheu — to, Blaue Lupinen 10 to, Weizenmehl 44 to, Sonnenblumen — to, Raps 10 to, Viktor-Erbsen — to, Gerstentkleie 30 to, Sommerwiden 10 to, Polauer-Erbsen — to, Seradella — to, Blaue Lupinen 6 to, Weizenkleie 92 to, Trödelnähel — to, Timothee 10 to, Roggenkleie 73 to, Senf 1 to, Erdmütschen 1 to, Weizenkleie 73 to, Kartoffelflocken — to, Rottflee 1 to.

Gesamtangebot 1524 to. Amtliche Notierungen der polnischen Getreidebörse vom 7. November. Die Preise verstehen sich für 100 Rilo in Hloty:

Richtpreise: Weizen 16,00—16,50, Roggen 15,50—15,75, Braugerste 20,75—21,50, Einheitsgerste 19,00—19,50, Sammelgerste 17,50—18,00, Wintergerste —, Hafer 15,25—15,50, Roggenmehl (65%) 19,50—21,50, Weizenmehl (65%) 24,25—24,75, Roggenkleie 10,00—11,00, Weizenkleie, mittl. 10,00—10,50, Weizenkleie, grob. 10,75—11,25, Gerstentkleie 11,00—12,50, Senf 51,00—55,00, Sommerwiden 26,00—28,00, Wintererbsen 41,00—42,00, Vitoriaerbsen 41,00—45,00, Polgererbsen 32,00—35,00, blaue Lupinen —, gelbe Lupinen —, roter Alee, roh 130,00—150,00, weißer Alee 80,00—100,00, Alee, gelb ohne Schalen 70,00—80,00, blauer Mohr 40,00—43,00.

Gesamtangebot: schwach. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 76 to, Weizen 111 to, Gerste 390 to, Hafer 44,5 to, Roggenmehl 110,5 to, Weizenmehl 32,5 to, Kartoffelmehl 15 to, Roggenkleie 318,2 to, Weizenkleie 80 to, Vitoriaerbsen 41 to, blauer Mohr 30 to, Fabrikartoffeln 110 to, Speiselartoffeln 35,5 to, Leinamen 1 to, Sonnenblumentuchen 10 to, Sojaöl 20 to. Auserwählte Braugerste über Notiz.

Warschau, 7. November. Getreide, Mehl- und Futtermittel. Abklärung auf der Getreide- und Warenbörse für 100 R. Parität Waagon Warschau: Roggen I 15,00—15,50, Roggen II 14,50—15,00, Einheitsweizen 18,50—19,00, Sammelweizen 17,50—18,00, Einheitshafer 16,50—17,00, Sammelhafer 15,50—16,50, Braugerste 19,50—21,00, Mählgerste —, Grühgerste 15,50—16,00, Speiselgersten 27,00 bis 29,00, Vitoriaerbsen 47,00—52,00, Wintererbsen 43,50—45,00, roher Rottflee ohne die Kleie 115,00—130,00, Rottflee ohne die Kleie bis 97%, gereinigt 135,00—150,00, Weizenkleie ohne die Kleie bis 97%, gereinigt 95,00—120,00, roher Weizenkleie ohne die Kleie 70,00—90,00, Weizenmehl I B 31,00—33,00, C 29,00—31,00, D 27,00—29,00, E 25,00—27,00, II A —, B 23,00—25,00, C —, D 22,00—24,00, F 21,00—22,00, G 20,00—21,00, III A 15,00—16,00, Roggenmehl I (0-55%) 24,00—24,50, Roggenmehl II (0-65%) 23,00—23,50, Roggenmehl III 17,00—18,00, Roggenmehl IV 17,00—18,00, Weizenmehl I 11,00—11,50, Weizenmehl II 10,00—10,50, Weizenmehl III 9,00—9,50, Weizenmehl IV 8,50—9,00, Rapstuchen 12,75—13,25, Sonnenblumentuchen 12,75—13,25, doppelt gereinigte Seradella —, blaue Lupinen 7,00—7,50, gelbe 8,50—9,50, Beluchfen 21,50—22,50, Widen 40,50 bis 22,00, Wintererbsen 43,50—45,00, Sommererbsen 39,00—40,50, blauer Mohr 44,00—48,00, Leinamen 43,50—45,00, Sojaöl 21,00 bis 21,50, Speiselartoffeln 3,25—3,50.

Umsätze 1252 to, davon 150 to Roggen. Tendenz: ruhig. Butternotierungen. Warschau, den 7. Novbr. Großhandelspreise der Buttermilchkommission für 1 Rilogramm in Hloty: Primo Tafelbutter in Einzelpackung 2,90, ohne Packung 2,80, Dessertbutter 2,50, gelbe zarte Molteributter 2,50, Landbutter 2,10. Im Aleinhandel werden 10—15% Aufschlag berechnet.

Tendenz: erhalten.